Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Büreaus:
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neunundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Büreaus:
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 295.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 28. April
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sindan die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 11 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat Mai und Juni werden bei allen Postanstalten zum Preise von 3 Mark 61 Pf., sowie von sämmtlichen Distributeuren und der unterzeichneten Expedition zum Betrage von 3 Mark entgegengenommen, worauf wir hierdurch ergebenst aufmerksam machen.
Expedition der Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 26. April Der König hat dem Gewerken Adolph Kreutz zu Siegen den Charakter als Kommerzienrath verliehen.

Dem Lehrer an der k. Kunstakademie, Genremaler Otto Günther zu Königsberg, ist das Prädikat „Professor" beigelegt. Die Wahl des Realschul-Oberlehrers Dr. Hartmann, Christian Konstantin Schmidt in Görlitz zum Prorektor und ersten Oberlehrer an der Realschule am Zwinger zu Breslau ist bestätigt. Beim Gymnasium in Hamm ist der ord. Lehrer Richard Fischer zum Oberlehrer befördert. Der Konrektor Friedrich an der städtischen höheren Töchterschule zu Stolp ist als erster Lehrer an das Schullehrer-Seminar zu Dramburg berufen. Als ord. Seminarlehrer sind definitiv angestellt worden die bisher provis. ord. Seminarlehrer: Weitz zu Bunzlau, Lepke zu Liebenthal, Därr zu Creuzburg, Richter zu Ober-Glogau, Piontek zu Peiskretscham und Polensky zu Ziegenhals. Der Sanitätsrath Dr. Duncker zu Lüneburg ist zum Kreisphysikus des Kreises Lüneburg ernannt worden.

Der Ober-Gerichts-Sekretär a. D. Rath Dr. jur. Pelizaeus in Hildesheim ist zum Advokaten im Bez. des Appell.-Ger. zu Celle mit Anweisung seines Wohnsitzes in Hildesheim ernannt worden. Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Fischer zu Neustadt O.-S. ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisger. zu Neisse mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst versetzt worden.

Die Eisenbahnvorlage im Abgeordnetenhause.

Wie aus Berlin gemeldet wird, war der Andrang zu der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses so groß wie kaum zuvor. Die Tribünen waren lange vor Beginn der Sitzung überfüllt, auch die Hof- und Diplomatenlogen besetzt. In ersterer bemerkte man den Hofmarschall des Kronprinzen Grafen Eulenburg und den Kammerherrn des Kronprinzen, v. Normann, während in der Diplomatenloge die Gesandten von Sachsen, Mecklenburg, Hessen und andere Mitglieder des Bundesraths den Verhandlungen folgten, welche 5 Stunden in Anspruch nahmen. Die „Nat.-Ztg." charakterisirt die Sitzung unterm 26. d. wie folgt:

Nur zwei Redner außer dem Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck hat die heutige Verhandlung des Abgeordnetenhauses in fast fünfstündiger Dauer zu Worte gebracht: die Abgg. Richter und Lasker. Wohl eine der längsten Reden, die je im Abgeordnetenhause gehalten worden sind, hielt der Abgeordnete Richter. Den heimkehrenden Agamemnon, der auf der Schwelle des heimathlichen Palastes von Klytämnestra mit einer weitgreifenden Anrede begrüßt wird, läßt der griechische Tragiker in die Worte ausbrechen: Du sprachst der Länge meiner Abwesenheit entsprechend, Frau! Wir wollen nicht den Vergleich ziehen als habe der Abg. Richter der unermeßlichen Kilometerzahl Reichseisenbahnen, die ihm in der Vorlage zu stecken scheinen, entsprechend geredet. Der beredte Abgeordnete machte eher den Eindruck eines Generals, der seine Truppen in ausgedehntester Linie aufgestellt hat und nun an derselben in nervöser Hast herumreitet, sich nicht genug thun kann, hier noch einen Grund nachfügt, dort einen andern ergänzt, überall den Angeiff des Feindes erwartend und fürchtend, während schließlich sich ergiebt, daß das Zentrum mühelos durchbrochen werden kann. Daß im Eisenbahnwesen ein Reformator erwartet werde, erkannte Abg. Richter unumwunden an — wir beklagen es aufrichtig, daß der Führer der Fortschrittspartei sich vor dem Versuch einer Reform mit ängstlichen und schwarzsichtigen Wendungen zurückzieht, daß er die Klugheit der Abstinenz predigt, daß er ein Feld verschmäht, auf welchem seinem Talent eine große und ergebnißreiche Thätigkeit sich eröffnen würde. Die Unfruchtbarkeit der verneinenden Kritik gegenüber dem lebendigen Bedürfniß, gegenüber einem organisirenden Schaffen — wird sie nicht endlich einmal einem so hervorragend begabten Manne aufgehen? Leider war sie heute die Signatur der Richter'schen Rede und der augenblicklichen Stellung der Mehrzahl der Fortschrittspartei.

Obwohl die Debatte nur vertagt ist und der ersten Lesung die zweite folgen wird, ehe es zu einer Abstimmung kommt, darf das Schicksal der Eisenbahnvorlage im Abgeordnetenhause als besiegelt gelten. Alles Bestechende, was sich gegen den Entwurf zusammenbringen ließ, hat Abg. Richter zu einem farbenvollen Bilde vereinigt. Keiner von den Tönen, die dem Sinne des ehrlichen und nicht allzu gedankenvollen Mannes schmeicheln, war vergessen; die Schärfe der Dialektik mit zwanglosem Scherz und beißendem Spott anmuthig durchbrochen, die nüchterne Doktrin durch patriotisches Pathos gehoben. Eine Reihe politischer und wirthschaftlicher Dogmen wurde aufgezogen, als ob sie wie die Glieder einer logischen Kette ineinanderhingen, während es in der That nur die Körner eines Rosenkranzes waren, die Stelle der dicken durch einige absonderlich maßlose Uebertreibungen bezeichnet. Selbstredend war es nicht der harmlose Vorschlag an sich, über den Verkauf der preußischen Staatsbahnen an das Reich in Unterhandlung zu treten, was sich in dieser Weise rednerisch verwerthen ließ. Er mußte erst durch das Aufrollen aller unvermeidlichen Konsequenzen, die sich aus seiner Annahme unerbittlich herleiten würden, zu einem wirthschaftlich-politischen Schreckbilde aufgeschwellt werden. Mit alledem war die Frage, um die es sich recht eigentlich handelte, so verdunkelt und umhüllt, daß es nicht ganz leicht war, sie wieder in ihrer ganzen Einfachheit herauszuschälen. Indeß brachte der Abg. Lasker mit wenig Sätzen den Gipfel der aufgethürmten Beweispyramide zum prasselnden Einsturz; und in der That hatte der Angreifer seine Kräfte überschätzt, als er sich unterfing, Urheber und Freunde der Vorlage zu zeihen, daß sie vermittelst des preußischen Landtages gegen das Reich Sturm laufen wollten, während er mit den seit Monaten angeschmiedeten Stimmen seiner politischen Freunde sich auf die Zinnen des Reichsrechts stellte. Man mag darüber streiten, ob es auf Seiten des preußischen Ministeriums nothwendig war, eine vorläufige parlamentarische Ermächtigung zu einer Unterhandlung einzuholen, deren Ergebniß unter allen Umständen dem Landtage zur Genehmigung vorgelegt werden muß; nur daß der parlamentarisch-konstitutionelle Gesichtspunkt gewiß der letzte ist, von welchem aus gegen dieses Vorgehen etwas zu erinnern wäre. So viel aber ist sicher, daß, nachdem die Vorlage gemacht und das Abgeordnetenhaus in die sachliche Behandlung derselben eingetreten ist, ein ablehnendes Votum die Regierung außer Stand setzt, den Plan für's erste weiter zu verfolgen. Wer also, führt der Abg. Lasker treffend aus, von den Freunden des ersten Redners seine Stimme gegen die Vorlage abgiebt, unternimmt vielmehr seinerseits einen bestimmten Einfluß auf die Reichspolitik zu üben, indem er verhindert, daß der Reichstag in die Lage kommt, in dieser Frage zu berathen und zu befinden. Damit war das Urtheil über den gesammten übrigen Inhalt der Angriffsrede gesprochen: was in ihr sachlicher, zum Ziel treffender Natur war, gehört in die Debatte des deutschen Reichstages. Wollte das preußische Abgeordnetenhaus darauf hin seine Entscheidung geben, so würde es sich Größeres anmaßen, als ihm bei gesundem Wechselverhältniß der parlamentarischen Körperschaften zusteht: die Vormundschaft über Wohl und Wehe des deutschen Reiches zu üben. Der Reichstag wird gewissenhaft zu prüfen haben, ob eine Ausdehnung der Reichsfunktionen in der angeregten Weise der Entwicklung des Reiches förderlich oder schädlich, ob die finanziellen Folgen veränderte Einrichtungen erforderlich machen, ob der erste Entschluß mit Nothwendigkeit Konsequenzen nach sich zieht, welche die Reichspolitik in ungebahnte Pfade hineinführen. Vom Standpunkte der preußischen Landesvertretung hat man sich nur zu fragen: Muthet der Vorschlag dem Landesinteresse unbillige Opfer an, läßt der Uebergang der Landesbahnen an das Reich befürchten, daß hinfort für die preußischen Verkehrsbedürfnisse schlechter gesorgt sein wird? Diese Fragen hat der erste Redner kaum berührt, der Abgeordnete Lasker hat sie mit kurzen aber erschöpfenden Worten verneint. Was Preußen an unmittelbaren Besitz aufgiebt, erhält es intensiv gesteigert in seinem verfassungsmäßigen Einflusse auf Eigenthum und Verwaltung des Reiches zurück. Dagegen präjudizirt die Vorlage nicht im Mindesten dem Recht des preußischen Staates nach seinen Provinzen Bahnen, die wesentlich der Erschließung des lokalen Verkehrs dienen sollen, ins Leben zu rufen oder zu fördern, wenn das Reich sie als außerhalb seiner Aufgabe liegend erachten möchte.

Der Ministerpräsident Fürst Bismarck begnügte sich, auf die Rede Laskers gestützt, in schlichter Weise die Motive zu bezeichnen, die ihn in seiner doppelten Eigenschaft auf den Weg der Vorlage geführt. Als Reichskanzler habe er die Pflicht, jene Paragraphen der Reichsverfassung, die so verheißungsvoll den Betrieb der deutschen Eisenbahnen als eines einheitlichen Verkehrsnetzes anordnen, ins Leben zu führen, nachdem sie 9 Jahre hindurch kaum mehr als Buchstabe gewesen sind. Nachdem zwei Versuche in dieser Richtung, Reichseisenbahnamt und Eisenbahngesetze, gescheitert sind nicht nur an dem Partikularismus der Mittelstaaten, sondern ebenso des preußischen Handelsministeriums, das sich in diesem technisch abgemauerten Gebiete den Einflüssen politischer Erwägungen fast unzugänglich erweise, sei keine weitere Aussicht geblieben, als durch Erwerb eigenen hinreichend ausgedehnten Eisenbahnbesitzes sich diejenige Einwirkung auf die Verkehrs- und Betriebsverhältnisse zu sichern, die sich auch in Preußen ungleich bedeutungsvoller als bloße Aufsichtsrechte erwiesen haben. Vom preußischen Standpunkte habe man zu gleicher Zeit die Einsicht gewinnen müssen, daß es außerhalb einer konsequenteren Ausbildung des Staatsbahnsystems eine planmäßige Eisenbahnpolitik nicht gebe. Preußisches und deutsches Staatsbahnsystem aber schließen sich gegenseitig aus, während neben dem letzteren die mittelstaatlichen Bahnen als gesonderte Eisenbahnprovinzen so gut fortbestehen können, als neben dem ersteren. So habe es denn als eine Frage der Loyalität erscheinen müssen, ob nicht Preußen in diesem Momente der Entscheidung für seine fernere Politik dem Reiche die Wahl stellen wolle, an seine Stelle zu treten. Weit entfernt, eine Feindseligkeit gegen die Mittelstaaten zu enthalten, eröffnet ihnen dieser Vorschlag vielmehr die Möglichkeit, bei der Entwickelung der Machtmittel, welche der preußische Eisenbahnbesitz biete, ihre eigenen Interessen zur Geltung zu bringen, während jene, in ausschließlich preußischem Interesse verwendet, ungleich schwerer auf die benachbarten Verkehrsgebiete drücken müßten. Bemerkenswerth sind endlich die Darlegungen, welche Fürst Bismarck über die Zwischenpolitik gab, die Preußen bis zur Erledigung der Reichseisenbahnfrage führen wird. Preußen soll inzwischen sein Bahnsystem konsolidiren, mit anderen Worten mit dem Erwerb von Privatbahnen vorgehen.

Die kurze Erklärung des Ministerpräsidenten über das Reichseisenbahngesetz brach einer Erörterung gänzlich die Spitze ab, in welche sich der erste Redner, wie uns scheint, nicht zu guter Stunde eingelassen hatte. Das Eisenbahngesetz ist an inneren Schwierigkeiten gescheitert, guter und böser Wille haben dabei, wie bei allen Fragen von großem menschlichen Belang, nur eine untergeordnete Rolle spielen können. Die gegentheiligen Versicherungen, daß es bei gutem Willen von allen Seiten so herzlich leicht sei ein Eisenbahngesetz zu Stande zu bringen, welches die Bestimmungen der Reichsverfassung zur Wahrheit mache, werden so lange nichts weiter als Versicherungen sein, so lange man nicht selbst mit einer Probe der Ausführung hervortritt und so lang jeder Paragraph des entsprechenden Gesetzes nicht nur mit einer Summe von Macht, sondern auch einer Summe von Geld sich saldirt.

Lügen haben nach dem Sprichwort kurze Beine, auch grundlose Konjekturen sollten diesem Schicksal verfallen. Ob die energische unzweideutige Erklärung des Reichskanzlers über den von beklagenswerther Nothwendigkeit aufgelegten Rücktritt Delbrücks, den Lebenslauf der in erstaunlicher Fruchtbarkeit erstandenen Generation von Phantasie und Tendenzmährchen ein frühes Ende bereiten wird, müssen wir allerdings erst abwarten. Die Wahrheit war gar zu einfach und nichtssagend — wie sollte ein Staatsmann nur krank sein, wenn man ihn zu so sensationellen Effekten verwenden kann.

Die fortschrittlichen Blätter sind natürlich der entgegengesetzten Meinung, was die beiden Reden Richters und Laskers betrifft. Die „Voss. Ztg." sagt u. A.:

Den Erfolg des Tages trug der Redner der Fortschrittspartei (Richter) davon, der zwei und eine halbe Stunde die Aufmerksamkeit des Hauses fesselte, um das ablehnende Votum seiner Partei zu begründen. Er beleuchtete Punkt für Punkt die Motive zu Gunsten des Gesetzentwurfs, den er als den ersten Schritt zu einem Umschwunge in der deutschen Eisenbahnpolitik charakterisirte und dessen Annahme nothwendig den Uebergang sämmtlicher deutschen Eisenbahnen auf das Reich zur Folge haben müsse. — Herr Lasker suchte in einer breiten als treffenden Ausführung darzuthun, daß durch die Annahme der Vorlage der Reichstag in seiner Prüfung aller Fragen nicht präjudizirt sein werde. Es war, als ob der Redner sein Urtheil als preußischer Abgeordneter zur Sache völlig suspendiren wollte, um es später als Reichstags-Abgeordneter wieder aufleben zu lassen. Fürst Bismarck trat in seiner ersten Rede der Auffassung entgegen, als ob Herr Delbrück aus irgend anderen als Gesundheitsrücksichten aus dem Amte geschieden sei. Dann wandte er sich gegen einige Ausführungen Richter's, denen er Uebertreibung zum Vorwurf machte.

Der „Börsen-Cour." betont, daß die Eisenbahnvorlage wohl verdient hätte, vom vorwiegend wirthschaftlichen Gesichtspunkte aus beurtheilt zu werden. In dieser Beziehung sei sie nur oberflächlich beleuchtet worden; desto nachdrücklicher sei die politische Seite hervorgetreten.

Der Rücktritt Delbrücks

beschäftigt natürlich die gesammte Presse unausgesetzt. Wir geben zunächst nachstehend den bereits telegraphisch erwähnten Artikel der halbamtlichen „Prov. Korresp.", welcher so lautet:

Der Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Dr. Delbrück, ist auf seinen wiederholten und dringenden Wunsch von Se. Majestät dem Kaiser aus seiner bisherigen Stellung entlassen und in den Ruhestand versetzt worden. Diese wichtige Kunde wird nicht verfehlen, in allen Kreisen Deutschlands, welche an der stetigen Entwickelung der Reichseinrichtungen ein Interesse nehmen, den Eindruck tiefsten Bedauerns hervorzurufen; denn nächst dem Reichskanzler Fürsten Bismarck hat sich um den Ausbau der Verwaltungseinrichtungen des Reiches Niemand größere Verdienste erworben, als Delbrück, und in Bezug auf den gesicherten Gang des gesammten geschäftlichen Organismus im Reiche ruhte auf dem bisherigen Präsidenten des Reichskanzleramtes das allseitige volle und zuversichtliche Vertrauen.

Von den ersten Anfängen des Norddeutschen Bundes her hat Präsident Delbrück die grundlegende und schaffende Thätigkeit der gemeinsamen Verwaltung im Bundesrathe und im Kanzleramte geleitet, und vom ersten Augenblicke an hat sein klarer Geist, seine gereifte Erfahrung und Umsicht, sowie seine ernste Ruhe wesentlich dazu geholfen, das überaus eigenartige und schwierige Werk, für welches es kein fremdes Muster gab, von Schritt zu Schritt, von Stufe zu Stufe vorsichtig und erfolgreich weiter zu führen. Die schöpferische politische Kraft des Kanzlers konnte eine glücklichere Unterstützung und Ergänzung auf dem Gebiete der Verwaltung im weitesten Sinne nicht finden, als es in dem Präsidenten Delbrück der Fall war, — welcher zugleich keinen anderen Ehrgeiz kannte, als eben seine ganze geschäftliche Tüchtigkeit und Energie in den Dienst der großartigen nationalen Politik zu stellen, welche in dem Kanzler ihren geistigen Schöpfer und Führer und ihren Mittelpunkt hat. Wie Fürst Bismarck selbst die hervorragende Bedeutung des Präsidenten Delbrück stets freudig und unumwunden anerkannt hat, so ist dessen Ansehen namentlich auch im Bundesrathe zu unbedingter Geltung gelangt, und hierdurch gerade ist seine Wirksamkeit für die Befestigung eines ersprießlichen geschäftlichen Verkehrs unter den Bundesregierungen überaus erfolgreich gewesen. Nicht minder hatte er sich im Reichstage ein Vertrauen erworben, welches dem förderlichen Zusammenwirken mit den Regierungen in hohem Maße zu Statten kam.

Nach dem Allen bedarf es keines Wortes der Versicherung, wie schmerzlich die vor mehreren Wochen zuerst kundgegebene Absicht des Präsidenten Delbrück, sich von den Geschäften zurückzuziehen, zunächst den Reichskanzler berührt hat. Gesundheitsrücksichten allein haben diesen Entschluß herbeigeführt; auch die ungewöhnliche, fast beispiellose Arbeitskraft und Arbeitslust Delbrück's konnten schließlich der aufreibenden Wirkung, welche die Anforderungen des jetzigen Staatslebens auf alle Männer in leitenden Stellungen ausüben, nicht widerstehen, und obwohl in seiner Wirksamkeit bisher noch kein Anzeichen der Ermattung hervortrat, so hatte er selbst doch das Gefühl, daß seine Kraft sich aufzureiben beginne. Von dem Augenblicke aber, wo er nicht mehr im Stande zu sein glaubte, sein Amt mit voller Kraft wie bisher weiterzuführen, hielt er es für Pflicht, demselben überhaupt zu entsagen. Der Reichskanzler hatte seinerseits schon früher der Besorgniß öffentlich Ausdruck gegeben, daß das Reichskanzleramt in seinem allmälig angewachsenen Geschäftsumfange auf die Dauer; an eine einzelne Person zu hohe Ansprüche stelle. „Wir werden", sagte er, „nicht immer eine Persönlichkeit von dieser exzeptionellen Arbeitskraft, wie der jetzige Chef des Reichskanzleramtes ist, aufzutreiben vermögen, und selbst für diese, — mehrere Personen, möchte ich sagen, in sich schließende — Leistungsfähigkeit wird es auf die Dauer doch zu viel werden."

Als nun Präsident Delbrück selbst jetzt die Bedenken wegen Abnahme seiner Kraft kundgab, glaubte man zunächst hoffen zu dürfen, durch eine Verringerung des Umfangs seiner Aufgaben ihn im Amte zu erhalten, aber der Gedanke, seine Wirksamkeit nicht mehr in vollem Maße zu üben, und die Furcht, daß eine wirkliche Erlahmung der Kraft ihn noch im Amte treffen könne, ließen ihn jedem solchen Versuche, sowie jeder Hinausschiebung seines Entschlusses widerstreben. Indem Se. Majestät der Kaiser unter solchen Umständen schließlich nicht umhin konnte, dem Ansuchen des verdienstvollen Staatsmannes zu willfahren, ist doch die Hoffnung nicht aufzugeben, daß derselbe nach einer Zeit der Ruhe das Gefühl seiner Kraft in vollem Maße wiedergewinne und seine in mannichfacher Beziehung unvergleichliche und unersetzliche Erfahrung und Tüchtigkeit von Neuem dem deutschen Vaterlande widmen möge, welches ihm mit dem Kaiser und dem Reichskanzler für die bisher erworbenen so reichen Verdienste immerdar den innigsten Dank zollen wird.

Auf die vielfachen Behauptungen, daß zwischen Delbrück und dem Reichskanzler schon seit längerer Zeit eine Spannung bestanden habe, hat der letztere, wie schon bekannt, in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses geantwortet. Unser berliner △-Korrespondent hebt dies in folgendem, vom 26. April datirten Briefe hervor:

Fürst Bismarck, welcher heute im Abgeordnetenhause Gelegenheit nahm des Ereignisses zu gedenken, welches seit gestern alle politischen und kommerziellen Kreise beschäftigt, nämlich des Rücktritts des Staats-Ministers Delbrück, hat durch seine Erklärung den mancherlei tendenziösen Ausbeutungen und Unterstellungen ein Ende gemacht, welche sich an die überraschende Nachricht geknüpft hatten. Unsere gestrige Mittheilung, daß der Entschluß des Staats-Ministers Delbrück lediglich durch Gesundheitsrücksichten motivirt worden ist, und nicht durch Meinungsdifferenzen irgend welcher Art bestimmt wurde, hat in der Erklärung des Fürsten Bismarck ihre Bestätigung gefunden. Auch beweist der Umstand, daß die Verhandlungen wegen

der nachgesuchten Entlassung in vertraulichster Weise zwischen dem Fürsten und dem Präsidenten des Reichskanzleramts geführt worden sind, zur Genüge, daß die intimen Beziehungen der beiden Staatsmänner keinerlei Trübung erfahren hatten. Diese Thatsache findet zugleich ihre fernere Bestätigung darin, daß die im Vordergrund stehenden Kandidaturen für das Präsidium des Reichskanzleramts auf den Vorschlag und die Empfehlung Delbrück's ins Auge gefaßt worden sind. Was diese Kandidaten betrifft, so können wir auch heute versichern, daß die Namen, welche inzwischen genannt worden sind, auf die wirklich in Wahl stehenden zwei Persönlichkeiten nicht passen.

Wie man der „Köln. Ztg." schreibt, hat Delbrück seinen Freunden erklärt, daß er trotz Alter und Kränklichkeit wohl noch im Stande sei, die laufenden Amtsgeschäfte zu besorgen, aber die Ausarbeitung der vielen neuen Gesetze übersteige seine Kräfte. Das schon vor 4 Wochen eingereichte Entlassungsgesuch ist am 22. d. vom Kaiser unterzeichnet worden. Den Behauptungen, daß die Eisenbahnfrage den Grund zu Delbrücks Demission gegeben, begegnet die „Trib." mit folgendem urkundlichen Gegenbeweis:

Im vergangenen Jahre war bekanntlich eine Enquete-Kommission für die Eisenbahntarifreform zusammengetreten, der auch Herr Delbrück angehörte. Diese Kommission erstattete einen Bericht, dem ein Band von 843 Folioseiten beigefügt war, der die Protokolle mit den Aussagen der vernommenen 48 Sachverständigen enthielt. Dem Gutachten der Kommission waren außerdem Erklärungen beigegeben, in denen einzelne ihrer Mitglieder ihren Standpunkt noch näher erläuterten. Eine solche Erklärung hatte auch Herr Delbrück abgegeben; dieselbe ging aus verschiedenen Erwägungsgründen wörtlich dahin:

> daß die Durchführung eines ganz Deutschland umfassenden einheitlichen Tarifsystems nothwendig die Herstellung eines einheitlichen über ganz Deutschland sich erstreckenden Reichseisenbahnnetzes im Gefolge haben müsse, sei es, daß dieses durch Ankauf der Bahnen, sei es, daß es durch andere Kombinationen hergestellt werde, wenn nicht stets wieder neue, den Verkehr tief schädigende Wirrnisse entstehen, oder durch an sich unberechtigte Uebergriffe in wohlerworbene Rechte schwere Verluste für Einzelne und für den Nationalwohlstand eintreten sollten.

An dieser protokollarischen Erklärung möge man die jetzt ausgestreuten Gerüchte von Differenzen zwischen dem Reichskanzler und seinem bisherigen ersten Mitarbeiter messen. — Hoch auf jubeln die Schutzzöllner; die „Deutsche Presse", das Organ des Zentralverbandes deutscher Industrieller, weiß schon zu berichten — wir zitiren wörtlich bis auf die Schreibweise —: „Ebenso wird aus glaubwürdiger Quelle das Ausscheiden Camphausens, Achenbachs, Michelis ꝛc. erwartet."

Die Konservativ-Klerikalen regen sich. Aus dem Norden und dem Süden kommen gleichzeitig Meldungen von der beabsichtigten Gründung neuer ihnen dienstbarer Organe. Die Konservativ-Klerikalen in Holstein und Hamburg wollen in der letztgenannten Stadt eine „Hamburger Kreuz-Zeitung" begründen. Ein deshalb an die Gesinnungsgenossen vertheiltes Programm bezeichnet das Organ als streng konservativ und religiös, „um den destruktiven Bestrebungen des Liberalismus, welche durch ihre Konsequenzen die Sozial-Demokratie groß gezogen haben, entgegenzuwirken." Das Redaktions-Personal ist noch nicht bestimmt, indeß soll die Zeitung zum 1. Juni erscheinen. — In Frankfurt a. M. soll unter dem Titel „Deutsche Reichspost" eine größere konservative Zeitung für das südwestliche Deutschland in das Leben treten. Ein vom 24. März datirtes Zirkular ist von folgenden Herren unterzeichnet: Moritz Bernus, Partikulier, Pfarrer Czerwenka, Pfarrer Gustav Schlosser, Hermann Steinfeld, Buchhändler Zimmer, Fabrikant Zimmer, sämmtlich in Frankfurt, Bankdirektor Fetzer, Diakonus Schmidt in Stuttgart, Freiherr E. A. v. Göler in Karlsruhe, Oberkirchenrath Mühlhäuser in Wilferdingen (Baden), Bezirksgerichtsrath H. v. Haas in Ansbach, Regierungsrath A. Luthardt in Augsburg, Erbgraf v. Rechteren-Limpurg zu Markt Einersheim (Baiern), Dr. Max Rieger in Darmstadt, Friedrich Graf zu Solms-Laubach in Laubach (Hessen-Darmstadt) und endlich Erbgraf Friedrich zu Ysenburg-Büdingen-Meerholz auf Schloß Gettenbach bei Meerholz (kurh. Provinz Hanau). Durch die Verlegung der in Augsburg erscheinenden (konservativ-orthodoxen) „Süddeutschen Reichspost" nach Frankfurt soll dem neuen Blatte, für welches bereits eine „bewährte Kraft" in Aussicht genommen, eine Unterlage geschafft, ferner soll eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 500,000 Mk. gegründet werden.

Deutschland.

△ **Berlin**, 26. April. Die Ausführung des Projekts der Umwandlung des Zeughauses in eine Ruhmeshalle ist zunächst aufgegeben worden. Wenigstens ist nicht zu erwarten, daß noch in dieser Session eine darauf bezügliche Vorlage dem Landtage unterbreitet werden wird. — Da die „Prov.-Corr." gewohnt ist, den auswärtigen Vorgängen gegenüber eine große Zurückhaltung zu beobachten, so erregt es einiges Aufsehen, daß sie heute einen auf die Vorgänge in der Türkei bez. Artikel des „Russ. Staats-Anzeigers" übernimmt. Es wird dem letzteren dadurch offenbar eine verstärkte autoritative Bedeutung verliehen. Die „Prov. Corresp." schreibt nämlich: „In Bezug auf die Vorgänge in der Türkei machte sich neuerdings, namentlich in Folge einer angeblichen Kriegsdrohung der Türkei gegen Montenegro eine lebhafte Beunruhigung geltend. Dem gegenüber veröffentlicht der russische „Staats-Anzeiger" soeben eine beruhigende Erklärung. Das amtliche Blatt hebt hervor, daß das Einverständniß der Großmächte hinsichtlich der Friedenserhaltung ein festes ist. Die durch Leidenschaften und materielle Hindernisse erzeugten Schwierigkeiten könnten nicht den vereinten Willen Europas bezwingen. Das Einverständniß der Mächte sei bei der Nachricht über den beabsichtigten Angriff gegen Montenegro nochmals befestigt worden. Das kaiserliche Kabinet (in Petersburg) habe unverzüglich die fünf Großmächte eingeladen, ihren Vertretern in Konstantinopel übereinstimmende Instruktionen zu geben, um der Pforte von der kriegerischen Aktion abzurathen. — Auch aus Konstantinopel liegen günstigere Nachrichten vor. Der Sultan hat den Minister des Auswärtigen beauftragt, jeden Angriff gegen Montenegro in Abrede zu stellen und zu versichern, die militärischen Maßregeln seien nur zu Vertheidigungszwecken getroffen worden."

— Der „Reichsanz." meldet: Se. Majestät der Kaiser von Rußland wird am 11. Mai zu einem Besuche am hiesigen Allerhöchsten Hofe erwartet. In der Begleitung Sr. Majestät werden sich befinden der Reichskanzler Fürst Gortschakoff, der Minister Graf Adlerberg, der Chef der Gensd'armerie General-Adjutant Potapoff, der Wirkliche Staatsrath Baron Jomini, der Staats-Sekretär Hamburger, der General-Adjutant Rilejeff, die Generale à la suite Wojekoff und Soltikoff, der General-Lieutenant v. Werder, der Stallmeister Frederiks, der Flügel-Adjutant Graf Adlerberg, der Leibarzt Dr. Karell und der Oberst-Lieutenant Fulon. Die Abreise Sr. Majestät des Kaisers von Rußland aus Berlin wird am 13. Mai Abends erfolgen.

— Am 27. d. soll in Potsdam die neue Verhandlung gegen den Grafen Harry von Arnim stattfinden; die Vertheidigung des abwesenden Angeklagten wird Rechtsanwalt Quenstädt führen.

— Das unbefugte Verweilen in einem im gemeinsamen Besitze der Hausbewohner befindlichen Hausflur wird, nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 29. v. M., auch wenn der Zugang zu dem Flur durch keine Thür abgesperrt ist, als Hausfriedensbruch bestraft, wenn der Thäter auf die Aufforderung eines Hausbewohners sich nicht entfernt.

Strasburg (Westpr.) Mit Bezug auf das erwähnte Begräbniß des Oberlehrers Dr. Romahn, das, weil der Verstorbene angeblich das Unfehlbarkeitsdogma verleugnet, ohne kirchliche Einsegnung stattfinden sollte, schließlich aber unter Betheiligung der Geistlichkeit erfolgte, schreibt der Bruder desselben, Kaplan Romahn an die „Germ.": „Thatsache ist nämlich, daß mein verewigter Bruder öffentlich mit allen kirchlichen Ehren beerdigt worden ist, nachdem er, wie das von dem Stadtpfarrer von Strasburg, Herrn Dekan Kamrowski, aufgenommene Protokoll bezeugt, auf dem Sterbebette den Wunsch nach Versöhnung mit der Kirche hat zu erkennen gegeben."

Paderborn, 25. April. Im Kreise Worbis auf dem Eichsfelde befinden sich bereits neun katholische Geistliche im Gefängnisse, die übrigen sind in Untersuchung. Es handelt sich um die Ermittelung des geheimen Delegaten für die Diözese Paderborn.

Caub, 24. April. Ueber den bereits erwähnten Besuch des Ministers des Innern am 22. d. M. schreibt der „Rh. Kur.":

In Caub wurde nach Besichtigung der Unglücksstätte der Berg bis zum oberen Anfang des Bergrutsches erstiegen, die beiden Eisenbahnanlagen, deren untere nun auch in völligem Betriebe ist, besichtigt und die ganze rutschende Fläche begangen. Sehr interessant war es für den Minister, die jetzt immer mehr blosgelegten sogenannten faulen Klüfte, die man als die eigentliche Ursache des Rutschens betrachtet, zu besichtigen und wurde auch das eigentliche Wahrzeichen des Rutsches, das in der Mitte desselben auf einer Felspartie stehende Eichbäumchen, in Augenschein genommen. Der Minister gewann die Ueberzeugung, daß die in Angriff genommenen Abtragungsarbeiten voraussichtlich die einzig richtigen Vorbeugungsmittel seien und genehmigte deren einstweilige Fortsetzung. In diesen Tagen wird der für diese Arbeiten ausgearbeitete Kostenanschlag nebst sehr ausführlichem Erläuterungsbericht nach Berlin abgehen und wird die Bewilligung der veranschlagten Summen wahrscheinlich mittelst besonderer Gesetzesvorlage von dem Abgeordnetenhause baldigst gefordert und, da sich mehrere Abgeordnete persönlich von der Dringlichkeit der Gefahr an Ort und Stelle überzeugt haben, hoffentlich auch bewilligt werden.

Rostock, 21. April. Unter dem 27. v. M. hat der Ober-Kirchenrath zwei auf die Verordnung wegen Wegfalls von Stolgebühren ꝛc. bezügliche Zirkulare erlassen. Das eine davon lautet: „Zur Abwendung fernerer Zweifel und daran sich knüpfender Differenzen macht der Ober-Kirchenrath besonders aufmerksam darauf, daß die in vielen, namentlich Landgemeinden des Landes durch Herkommen begründete Berechtigung und Verpflichtung der Ehefrauen der Pastoren, die Bekränzung der Braut für die Trauung zu beschaffen und hierfür, sowie für die Hergabe des Kranzes oder der Krone mit Zubehör die je in den verschiedenen Gemeinden hergebrachte Gebühr zu erheben, nicht als in der Trauhandlung einbegriffen, auch nicht als eine besondere Leistung bei dieser Handlung im Sinne der Verordnung vom 13. d. M. § 1. Abs. 3. (Regierungsblatt pro 1876, Nr. 7) anzusehen ist. Diese Verordnung findet also hier überall keine Anwendung, die Pastorin kann, wo es herkömmlich ist, die Bekränzung der Bräute auch ferner beschaffen. Aber die Pastorin darf die Beschaffung der Bekränzung und die Zahlung der dafür nach Herkommen zu zahlenden Gebühr niemals anders, als wenn sie auf Wunsch der

---

Konzert.

Am Mittwoch vereinigte der Bazar-Saal nach längerer Pause wieder einmal ein kleines Häuflein Musikbedürftiger. Frau v. Bogdani hatte ein Abschiedskonzert angekündigt und sich dabei der Unterstützung des früheren Kapellmeisters am Interimstheater Köhler versichert.

Schon gelegentlich des ersten Auftretens der Künstlerin im hiesigen polnischen Theater haben wir der Vorzüge und der Manier des Singens kurz gedacht, es läßt sich füglich zusammenfassen unter dem Prädikate „zierlich". Auf „Hohes, was Menschenbrust durchbebt", macht die Stimme keinen Anspruch, sie ist unter ihren Geschwistern das, was die Spieloper unter den Opern. Es war ein musikalisches Plauderstündchen, was sich da abspielte, der Genuß ein Kind des Augenblicks.

Den Anfang machte die große Arie der Rosine aus Rossini's „Barbier", die den besten Rahmen ihres Talents abgab. Die diesen Winter freilich schon recht oft gehörte Gesangsnummer trug wohlverdienten Beifall ein. Eine musikalisch recht dünne Arie aus der Oper: „Creazione della dona" von Bianchi hat auch so manchen hübschen hohen Ton. Die „Manola" von Bourgeois gemahnte uns unwillkürlich an ein zierlich verbrämtes, in's Französische übertragenes wiener Volkslied, auch der eine gutturale Chansonetten-Passus fehlte nicht. „Ungarisches Lied" von Kavucz, französisch interpellirte „Liebe Vögelein" und des „Mädchens Klage" von Schubert vervollständigten das Programm. Letzteres Lied wurde deutsch gesungen; daß es neben einer „Manola" auf dem Programme stand, war eine internationale Konzession, die „Manola" war es nicht, die darunter litt. Sämmtliche Nummern fanden seitens der Zuhörer die freundlichste Aufnahme. Die Flügelbegleitung wurde insgesammt durch den bewährten Kapellmeister Köhler ausgeführt. Unter seinen Solo-Vorträgen sprach zumeist ein „Grand Galop de Concert" von Vogt an. Der bekannte Gounod-Liszt'sche „Faust-Walzer" und Chopin's „Andante spinato et polonaise" in Es-dur legten erneutes Zeugniß tüchtiger Technik und kräftigen Anschlags ab. Auch Herr Köhler erfreute sich regster Theilnahme.

Daß das Konzert erst eine halbe Stunde später begann, als der Zettel verkündete, lag in der bei gewissen hiesigen Bazar-Konzerten grassirenden Unsitte, durch persönliche Willkür Seitens des Publikums die ausübenden Künstler zum spätern Anfang zu zwingen. Daß beinahe während des ganzen Konzertes ein paar blinde Passagiere auf der Gallerie durch ihr unleidliches Geflüster störend wirkten, dürfte der Erwähnung werth sein, um in der Folge vielleicht Abhülfe zu gewähren.

—g.

Humoristische Dichtung.

Seit Jahren machen wir die Beobachtung, daß die tragische Kunst immer weniger Raum auf der Bühne findet, daß man Tragödien nur unter besonderen Umständen willkommen heißt. Diese Erscheinung erklärt sich leicht. Unsere Nation arbeitet als solche, und nicht etwa wie ehedem nur durch einzelne Vertreter, an großen politischen und sozialen Aufgaben, welche vollste Sammlung vollsten Ernst beanspruchen. Es ist nicht Blasirtheit, es ist lediglich das berechtigte Verlangen nach Abwechselung, wenn man von der zeitgenössischen Kunst Erheiterung in realistischem Sinne begehrt. Daher blüht auf jedem Theater das Lustspiel mit seinen Anverwandten. Dieser Zeitrichtung kommen nun auch, allerdings noch vereinzelt, lyrische und epische Dichter entgegen, und derartige Gaben finden, auch wenn sie an sich nur bescheiden sind, dankbare Aufnahme.

Da ist uns ein nicht sehr umfangreiches Buch zugegangen, welches sich „Durstige Lieder" von Julius Meyer betitelt und schon in zweiter Auflage vorliegt (Leipzig, Verlag von E. Bidder 1876). Schon der Titel zeigt an, daß sich der Verfasser ein stofflich begrenztes Gebiet ausgewählt hat. Wer etwa der Meinung sein sollte, daß diese Lieder liebes-, sehnsuchts- oder sonst idealistisch durstig sein könnten, wird durch einen Blick auf ihren Umschlag belehrt. Da finden sich Gambrinus und Bacchus Rücken an Rücken und offenbar beide in seligster Stimmung. Zu den Füßen des Bierkönigs gewahrt man einen Kater und einen — Affen. Hier wird also der gewöhnliche Flüssigkeitskonsum, das Kneipen oder wie der Verfasser lieber sagt der „Suff" verherrlicht. In diesem Genre ist freilich schon sehr viel geleistet worden, wie ein Blick in jedes Kommersbuch zeigt; dennoch muß man der vorliegenden Sammlung bis zu einem gewissen Grade Originalität zugestehen. Hier und da klingt Viktor Scheffel durch, im Allgemeinen aber wandelt der durstige Sänger seine eigenen Kneipbahnen.

Das Büchlein zerfällt in eine lyrische und eine epische Abtheilung. Die erstere, „Durstiges an sich", soll offenbar eine Art Vorschule für die letztere sein, welche den weitaus bedeutendsten Raum beansprucht und als „Geschichtliches" eine Weltgeschichte vom durstigen Standpunkte bietet. Fast überall offenbart sich ein glücklicher Humor, ein scharfes Auge für die Schwächen menschlicher Institutionen und Hang zur Satyre. In der lyrischen Abtheilung sind wohl die Gedichte „Kosmogenie" und „Philosophiegeschichtliche Studie" die werthvollsten. In dem erstern heißt es z. B.:

> Nach Laplace auf jeden Fall
> War die Welt ein Dunstesball;
> Heut noch ohne viele Kunst
> Kommt der Mensch in großen Dunst.
>
> — — — — — — — — — — — —
>
> Aus dem Dunst an einem Tag
> Ist erfolgt ein Niederschlag;
> Denn gewöhnlich niederschlägt,
> Wer im Dunst sich rasch bewegt.
>
> — — — — — — — — — — — —
>
> Im lebend'gen Niederschlag
> Ward alsdann Bewußtsein wach;
> Nach dem Dunst, wenn er vergeht,
> Kommt Bewußtsein, wenn auch spät.

Die philosophiegeschichtliche Studie läßt alle bisherigen philosophischen Systeme Revue passiren und das Resultat davon ist natürlich philosophische Negation. Von Platon wird gesagt:

> Platon sprach: „Das seh' ich helle,
> Diese Welt ist nicht reelle,
> Nur ein Bild, ein Wiederstrahlen
> Von der Welt des Idealen."
> Dabei trank der weise Vater
> Sich 'nen ganz reellen Kater.

Aristoteles, Jacob Böhme, Cartesius und die neueren Philosophen fahren nicht besser. Ueber Hegel ist zu lesen:

> Hegel als ein kluger Mann
> Wieder ganz was Neues sann,
> Sprach: „Ein jedes Ding ja schon
> Ist sich selber Negation."
> Daher kommt's denn überhaupt,
> Daß man ihm schon längst nichts glaubt.

Das „Geschichtliche" umfaßt alte, mittlere und neuere Geschichte mit verschiedenen Unterabtheilungen. Was wird da nicht Alles auf den Durst zurückgeführt. Die Völkerwanderung z. B. ist nach Julius Meyer lediglich aus dem Verlangen der verschiedenen Nationen nach besserem Kneip-Stoff entstanden. Die Chinesen raubten den Hunnen den Schnaps, diese den Germanen den Meth u. s. w.

> Und so in steter Regung
> Die Sache weiter gung,
> Und diese Suffbewegung
> Heißt Völkerwanderung.

Ganz hübsch ist der Romanzencyclus „Irung und Irminfried" und Gleiches ließe sich von „Niels Jul" sagen, wenn die Pointe nicht allzu matt aufträte. Wie die Geschichte Bazaine's in das durstige Buch gekommen, ist nicht recht verständlich, einleuchtender erscheint das Schlußgedicht „Kakoban von Fidschi." Prüde Naturen werden sich an dem Büchlein schwerlich erbauen, desto mehr dagegen unbefangene männliche Leser.

Ein humoristisch-satyrischer Versuch im epischen Styl ist „Die Päpstin. Höchst seltsame Historie, so im 9. Jahrhundert passiret war", verfaßt von Siegmey, illustrirt von Guthknecht. (Berlin, Denicke's Verlag, 1876). Bekanntlich behaupten Schriftsteller des 11. und 13. Jahrhunderts, daß der Papst Johann VIII. ein Weib gewesen sei, welches sich durch ungewöhnliche Begabung zu dieser Stellung aufgeschwungen und so lange als Mann gegolten habe, bis sich bei einer Prozession in Rom das Geschlecht des Papstes auf's unzweifelhafteste erwies. Diese Behauptung ist durch die neuere Geschichtsforschung als Sage gekennzeichnet worden, wenngleich es ihr nicht gelungen sein mag, auch die letzten diesbezüglichen Zweifel zu beseitigen. Siegmey nimmt die Geschichte dieser Päpstin Johanna als Faktum und stellt sie meist in burlesken Knittelversen dar. Die Epopöe hat an witzigen Einfällen und Wendungen keinen Mangel. Die Verse sind theilweise recht lustig. Volle Befriedigung aber vermag das Werk deshalb nicht zu gewähren, weil die Einheit des Styls fehlt. Der Verfasser legt zuweilen die Schelle bei Seite und steigt auf den Kothurn, was hauptsächlich bei der Katastrophe des Gedichts auffällt. Wir sind nun nicht etwa der Meinung, daß der Vorgang während der Prozession sich in komischer Beleuchtung besser ausnehmen würde; wir verkennen im Gegentheil nicht, daß die tragische Auffassung dieses Naturakts für den Verfasser geboten war. Aus diesem Umstande aber gewinnen wir die Ueberzeugung, daß Stoffe mit derartigen Elementen, noch dazu, wenn sie die Pointe abgeben, für die humoristische Behandlung überhaupt nicht recht geeignet sind. Immerhin verdient das Talent des Verfassers Aufmunterung, zumal unsere Literatur an komischen Epen nicht eben reich ist. Die Illustrationen von Guthknecht sind leider oft geschmacklos, im Druck sogar zuweilen schlecht. Dagegen verdient die sonstige, in alterthümlichem Geschmack gehaltene Ausstattung des Buches Lob.

E.

Braut die Bekränzung derselben bei Hergabe des Kranzes oder der Krone mit Zubehör ausgerichtet hat, mithin auch namentlich dann nicht begehren, wenn die Braut zur Tragung des Brautkranzes nicht mehr berechtigt ist. Schwerin, 27. März 1876. Der Oberkirchenrath Kliefoth. Zirkulare an die Geistlichen der evangelischen und lutherischen Kirche in Mecklenburg-Schwerin."

Frankreich.

Paris, 24. April. Aus dem Amtsblatt, das heute endlich die Rede des Unterrichtsministers bringt, bestätigt es sich, daß die Version, welche die Blätter von derselben gebracht, vollständig richtig war. Die klerikalen Blätter sind voll Gift und Galle, daß der Minister die Staatsrechte wahrt, die Robe des Professors und die Soutane des Priesters auf gleiche Stufe stellt und das Wohlergehen der „theuren jungen Republik" als gesichert darstellt. „Ein Protestant", schreit die Union „kann bei uns Minister werden; unter der Juli-Monarchie war es Guizot ebenfalls! Guizot wahrte aber den Anstand! Als er Unterrichtsminister war, würde er sich gehütet haben, den Professor und den Priester auf gleiche Stufe zu stellen! Es giebt unter den Professoren ganz ehrbare Leute, aber wenn Herr Waddington, Minister eines katholischen Landes, die Robe des Professors eben so hoch stellt, wie die Soutane des Priesters, so verletzt er das katholische Gefühl und beträgt sich unanständig! Der Takt ist eine wesentliche Eigenschaft in der Kunst des Regierens." Das „Univers" klagt den Minister an, den Krieg gegen die Kirche eröffnen zu wollen, und es fügt hinzu, „es sei Zeit, ihm zu sagen, daß ein solches Unternehmen über seine Kräfte gehe: dieser Protestant habe von der langen Zukunft seiner „jungen und theuren Republik" gesprochen, aber ohne Prophet zu sein könne man voraussagen, daß, wenn er ihr solche Geschenke mache, die junge und theure Republik nicht lange leben werde." — Charles Loyson, der einst als Pater Hyacinthe viel genannte Kanzelredner, der im Jahre 1869 exkommunizirt wurde, nachdem er wegen seiner Predigten in Notre-Dame vom „Univers" ketzerischer Ansichten verdächtigt worden war, traf von Gent in Morez im Departement des Jura ein, um dort die Einweihung der Kirche der altkatholischen Gemeinde vorzunehmten. — Morgen findet eine musikalische Festlichkeit zu Gunsten von Geldzeichnungen für ein Standbild der amerikanischen Unabhängigkeit statt. Thiers wurde von Washburne zu dieser Festlichkeit eingeladen und antwortete, daß er mit Vergnügen erscheinen werde, um den Vereinigten Staaten einen Beweis seiner lebhaften Theilnahme zu geben. — Herr von Chazelle, bisher Präfekt des Kantal-Departements, welcher neulich nach den Hautes-Pyrénées versetzt worden war und aus diesem Anlaß dem Minister des Innern brieflich erklärt hatte, er werde auf diesem Posten ebenso wenig als auf irgend einem anderen für das neue System taugen, da er dasselbe für verderblich halte, ist durch Beschluß des Ministerraths, der nicht einmal die Rückkehr des Hrn. Ricard abwarten wollte, aus dem Dienste entfernt worden. — Der Bischof von Farbes hat die Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe von Frankreich eingeladen, am 3. Juli nach Lourdes zu kommen und dort der Krönung des Standbildes unserer lieben Frau von Lourdes beizuwohnen.

Italien.

DN. In den italienischen Regierungskreisen herrscht, wie uns aus Rom gemeldet wird, über einen Beschluß des Staatsrathes hinsichtlich der Zivilliste des Papstes große Aufregung. Bekanntlich setzte das italienische Parlament auf Grund des Garantiegesetzes dem heiligen Vater 1871 eine jährliche Dotation von 3¼ Millionen Lire aus. Der Papst hat aber bis jetzt noch niemals diese Summe erhoben. Es handelt sich nun darum, was mit den sich anhäufenden Geldern geschehen soll und das Ministerium Mingbetti nahm als selbstverständlich an, daß auf dieselben die gesetzliche Bestimmung Anwendung fände, wonach alle an Staatskassen nicht erhobenen Gelder nach fünf Jahren verfallen. Ende dieses Jahres würde daher die erste für den Papst ausgesetzte Summe verfallen sein. Das Kabinet Minghetti legte jedoch, um jede Verantwortlichkeit von sich abzuwenden, die Frage noch dem Staatsrathe zur Entscheidung vor und dieser hat sich jetzt dahin ausgesprochen, daß die päpstliche Zivilliste zu den Pensionen zu rechnen sei und den diesbezüglichen Bestimmungen unterfalle. Pensionen verfallen aber nach italienischem Rechte erst nach 20 Jahren; der Papst oder sein Nachfolger würde daher das Recht haben 1891 das Gesammtkapital seiner Zivilliste von 1871 im Betrage von nahezu 65 Millionen auf einmal zu verlangen, ohne daß ein rechtlicher Einspruch dagegen möglich wäre. Welche Wirkung das auf den italienischen Staatsschatz ausüben müßte braucht nicht erst geschildert zu werden.

Großbritannien und Irland.

London, 24. April. Ueber die internationalen „olympischen Spiele", welche in Berlin abgehalten werden sollten, hört man wieder Neues. Die „Morning Post" meldete vor Kurzem, das englische Ober-Kommando habe dem Vorhaben englischer Offiziere, welche auf Einladung des Unionsklubs zum Poloreiten nach Berlin kommen wollten, Hindernisse in den Weg gelegt — vermuthlich aus Rücksicht für die Würde des englischen Offiziercorps —, nahm indessen gleich darauf ihre eigene Meldung auf Grund einer Mittheilung des hiesigen Vertreters des Unionsklubs zurück. Jetzt wiederum will die „Army and Navy Gazette" die ursprüngliche Mittheilung aufrechthalten und liefert dazu die folgende Erklärung: „Der englische Höchstkommandirende habe Anfangs vorausgesetzt, daß das Spiel von Seiten der militärischen Behörde in Deutschland angeregt und geleitet sei, und deshalb seine Einwilligung gegeben. Seitdem habe er sich aber überzeugt, daß das Vorhaben mehr den Charakter einer „Privatspekulation" trage, und daß aus dem Mitwirken englischer Offiziere Geld geschlagen werden solle. Unter diesen Umständen habe er seine Einwilligung zurückgenommen. Die Gastfreiheit des Unionsklubs und das Entgegenkommen der militärischen Behörde in Deutschland erkenne der Höchstkommandirende an." Ueber dieselbe Angelegenheit schreibt die hiesige Korrespondenz des Manchester Guardian, daß das Ober-Kommando abgeneigt gewesen sei, den englischen Offizieren Erlaubniß zur Reise nach Berlin zu geben, weil das Polospiel als öffentliches angesagt worden sei. Die Königin habe indessen auf Ansuchen den Sachverhalt geprüft und die Einladung als durchaus annehmbar befunden; daher das Polospiel voraussichtlich erfolgen werde.

London, 24. April. Angeregt durch die Frage, welche Lord Rosebery am 13. März bezüglich Helgolands im Oberhause an Lord Carnarvon stellte und durch den am 15. April in der „Köln. Zeitung" erschienenen Aufsatz Friedrich Oetker's über die Verfassung der Insel, veröffentlicht Sedley Taylor (vom Trinity College, Cambridge) — dieser Herr ist in dem Eingange des Oetker'schen Artikels erwähnt — in der „Times" den Wortlaut der Kapitulationsbedingungen, unter welchen Helgoland im Jahre 1807 an Großbritannien überging. Das Schriftstück, eine Abschrift aus den Archiven der Insel, ist ihm von einem Deutschen eingesandt worden, und gleichzeitig sind ihm zwei andere Abschriften, welche untereinander und mit der obigen vollkommen übereinstimmen und wovon die eine wahrscheinlich schon im Jahre 1828 gemacht wurde, zugegangen. Die betreffende Bestimmung lautet wörtlich: „Alle obrigkeitlichen und beamteten Individuen geistlichen und zivilen Standes und alle Einwohner überhaupt werden in ihren resp. Amtsverrichtungen, Rechten, Gewerben, kirchlicher Verfassung, Konstitutionen, so wie ihren Familien und Wohnungen ungestört erhalten und überhaupt alles Eigenthum respektirt und geschützt." Auf Grund dieser Vertragsformel wandten im Jahre 1861 sich 350 Bürger von Helgoland mit einer Bittschrift an das Kolonial-Ministerium, worin sie um ungehinderte Ausübung ihrer alten Freiheiten nachsuchten. Diese Bittschrift wurde damals gedruckt und ein Exemplar wird in der Bibliothek des britischen Museums aufbewahrt. Herr S. Taylor schließt seinen Brief mit folgenden Worten: „Wer auch Recht haben mag — ich mit der Behauptung oder Lord Carnarvon mit der Verneinung, daß die bestrittene Bestimmung sich in der Kapitulation von 1807 befinde —, jedenfalls wird, so lange die ursprüngliche Urkunde dem Parlament und dem Lande vorenthalten bleibt, die öffentliche Meinung auf dem Festlande das Verhalten der englischen Regierung nicht den zarten Rücksichten auf die Empfindlichkeit der Helgoländer, womit der Kolonial-Minister im Oberhause seine Weigerung zu rechtfertigen suchte, sondern einem viel augenfälligeren und weniger achtbaren Beweggrunde zuschreiben."

Am Donnerstag, den 27. d. M. soll, wie der „K. Ztg." berichtet wird, auf der Werft zu Portsmouth das neue Panzerschiff „Inflexible" — welches bis zur Fertigstellung der im Bau begriffenen italienischen Panzerschiffe das stärkste und gefährlichste Kriegsschiff der Welt bilden wird — vom Stapel gelassen werden. Die Prinzessin Louise hat die Taufe übernommen. Neben den Lords der Admiralität, den Ministern, zahlreichen Marine- und Militärbeamten werden zum mindesten 250 Peers und 250 Mitglieder des Unterhauses der Feier beiwohnen. Der Stapellauf wird auf ganz besondere Weise von Statten gehen. Die Prinzessin hat vor sich ein Tischchen mit zwei Knöpfen. Sie drückt den einen, und die über den Bug hängende Flasche Wein fällt herab und zerschellt an den Schiffsbalken. Zugleich spricht die Prinzessin den Namen des Schiffes aus. Nach kurzem Gebet drückt die Prinzessin den zweiten Knopf, und es lösen sich durch eine sinnreiche Vorrichtung die Fesseln, welche das Ungethüm in seiner „Wiege" festhalten, und dasselbe rollt herab in die Fluth. Für den Fall, daß dies in der Praxis doch nicht so glatt vor sich gehen sollte, wie es in der Theorie ausgedacht ist, ist wohlweislich vorgesorgt. Unter dem Schiffsbug befinden sich 16 hydraulische Widderklötze, welche gegen jedes Stocken nachzuhelfen im Stande sind. Ist der „Inflexible" vom Stapel gelassen, so bleibt immer noch 18 Monate an ihm zu arbeiten. Und wenn er dann fertig ist, so wird sich dem Voranschlag nach die Kostenberechnung ohne die Geschütze auf gegen 600,000 L. — das ist 12 Millionen Mark — belaufen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Der Aufstand in Bosnien nimmt so gefährliche Dimensionen an, daß die Frage, ob zur Lokalisirung des Brandes nicht wirksamere Mittel als blos diplomatische, z. B. die Okkupation Bosniens durch österreichische Truppen, in Aussicht zu nehmen seien, bereits ernsthaft erörtert wird. Das den Regierungskreisen der wiener Hofburg nahestehende „Fremdenblatt" sagt hierüber Folgendes:

„Wir haben der diplomatischen Aktion, wie sie sich in Konstantinopel geltend gemacht hat, durchaus zugestimmt, denn wir wüßten nicht, wie diese Aktion, wenn sie überhaupt einen diplomatischen Charakter haben und behalten sollte, eine andere hätte sein können, als sie Graf Andrassy ausgeübt hat. Wir haben aber auch nie behauptet, daß die großmächtliche Aktion ewig und unter allen Umständen auf eine rein diplomatische Vermittelung, auf ein theilnahmsloses Zusehen, wenn diese Vermittelung eine fruchtlose sein sollte, sich beschränken werde. Wir begreifen vollkommen, daß, so lange man vermittelt und nach beiden Seiten hin beschwichtigend und versöhnend wirkt, man nicht den Schatten einer künftigen Pression auf den Schauplatz der Vermittelung wirft. Allein darum haben wir nie befürchtet, daß, wenn diese diplomatische Vermittelung nicht hinreichen sollte, um uns vor der Gefahr einer Friedensstörung und einer Schädigung der Lebensinteressen der angrenzenden Bevölkerungen zu wahren, die Dreikaiser-Regierungen die Hände in den Schooß legen würden und die europäische Diplomatie mit ihrem Latein zu Ende wäre. . . . . .

Wir sind in das Geheimniß der Drei-Kaiser-Abmachungen nicht eingeweiht, allein wir nehmen unter keiner Bedingung an, daß diese Eventualität (nämlich eine Okkupation Bosniens behufs bewaffneter Friedensstiftung) ein unvorhergesehener, neu auftretender Zwischenfall sein sollte, und wir finden es ebenso natürlich, wie gerechtfertigt, daß diese Aufgabe mit vollster Zustimmung und mit solidarischer Haftung der übrigen Mächte, dem direkt an dem Verlaufe und den weiteren Folgen der slavischen Bewegung in der Türkei betheiligten Nachbarstaate zufalle."

Das genannte Blatt hat nie den Gedanken gehegt, „und hegt ihn heute weniger als je", daß es möglich sein werde, eine endgiltige Lösung der orientalischen Frage durch gütliche diplomatische Mittel, auf dem Wege der allseitigen Befriedigung der interessirten Theile ausfindig zu machen. „Die ganze Welt will Zeit gewinnen, die letzten Auseinandersetzungen mit möglichst geringen Schmerzen und Nachtheilen für die allgemeinen, wie für besondere Interessen einleiten und durchführen zu können, und wenn sich dies nicht nach einem vorher bestimmten Programme abwickeln will, nun, dann sorgt Jeder nach besten Kräften für sich." Ist die türkische Regierungsgewalt erst in ihrer ganzen Verkommenheit vor Europa bloßgestellt, so daß die Anarchie in den insurgirten Provinzen offen Platz greift, so wird, wenn nicht eine andere starke Hand schnell das Szepter ergreift, Europa selbst die Ordnung der Dinge diktiren müssen, und dürfte die Exekutive hierin wohl dem österreichischen Armeekorps zufallen, welches, wie Berichte sagen, in Dalmatien marschbereit zusammengezogen wird.

Vom Landtage.

42. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (Schluß)

Berlin, 26. April. Im Fortgang der ersten Berathung der Eisenbahnvorlage ergriff nach der mitgetheilten Rede des Abg. Richter das Wort:

Fürst Bismarck: Ich behalte mir vor, über die Sache selbst zu sprechen, nachdem der Ressortminister sich geäußert haben wird. Für den Augenblick will ich nur eine irrthümliche Angabe berichtigen, die der Herr Vorredner vor meinem Eintritt in das Haus gemacht hat, wie ich höre, und die den allgemein beklagten Rücktritt des Ministers Delbrück betrifft. Es ist durchaus unrichtig und auch nicht der Schatten von Wirklichkeit liegt dafür vor, wenn man diese beklagenswerthe Aenderung in unserem Personalbestande mit irgend einer politischen und sachlichen Frage in Verbindung bringt. Daß, wie an ein jedes Ereigniß, die tendenziöse Erfindung, die politische Ausschmückung, das Sensationsbedürfniß, auch an dieses sich knüpfen werde, war ja vorauszusehen; ich kann aber versichern — und ich würde es nicht versichern dürfen, wenn ich nicht sicher wäre, daß das Zeugniß des Ministers Delbrück, der ja nicht ganz aus Ihren Augen verschwindet, darin das meinige bekräftigen wird — daß zwischen ihm und Sr. Majestät dem Könige und zwischen ihm und mir auch nicht ein Schatten von einer Meinungsverschiedenheit über irgend eine der schwebenden Fragen zu Tage getreten ist. (Hört! hört! Bewegung.) Minister Delbrück, wie ihnen Allen bekannt ist, hatte in allen Fällen den Muth seiner Meinung und verschwieg sie nicht. Wir sind oft verschiedener Ansicht gewesen, und da es sich meist um Dinge handelte, die er besser verstand als ich, so bin ich sehr oft in der Lage gewesen, seiner besseren Einsicht nachzugeben. Er würde also, wenn er in irgend einer wichtigen Sache, wie beispielsweise in dieser heute vorliegenden, mit mir anderer Meinung gewesen wäre, nicht ohne Weiteres das Schlachtfeld geräumt, sondern seine abweichende Meinung vertreten haben. Ich habe mit ihm 25 Jahre lang gemeinschaftlich gearbeitet und 10 Jahre lang in kollegialischem Verhältniß; wir standen in solchen Verhältnissen gar nicht, und außerdem wußte er, daß jede, auch die bedeutendste Frage, von mir eher vertagt werden würde, als daß ich sie zum Anlaß seines Rücktritts hätte werden lassen. (Bewegung.) Darüber ist er vollständig klar. Es ist eine eigenthümliche Neigung, die Erklärung der Dinge aus natürlichen Ursachen zu verschmähen, und künstliche, namentlich solche, die man für seine kpolitischen und Parteitendenzen verwerthen kann, hervorzusuchen. Nichts ist natürlicher, als daß Jemand, wenn auch mit der ungewöhnlichsten Arbeitskraft, man kann sagen, mit der Arbeitskraft mehrerer begabter Männer ausgerüstet, durch die Last der Geschäfte, welche er 10 Jahre lang auf sich genommen hat, bei den Erschwerungen, die ihm darin gemacht worden sind, und nicht am allerwenigsten von denen, die jetzt ein, ich will gern annehmen, aufrichtiges Bedauern über seinen Rücktritt kund geben (Heiterkeit), daß selbst die solideste elastische Arbeitskraft aufgerieben worden ist. Daß die Verdächtigungen und häßlichen Insinuationen, denen dieser Ehrenmann ausgesetzt gewesen ist, nicht gerade dazu beigetragen haben, ihm die abstumpfende, die ermüdende Wirkung der Arbeit zu mildern, das liegt auf der Hand. Ich habe dies vorausschicken wollen, um denjenigen Rednern, die etwa nachher wieder den Minister Delbrück und seinen Rücktritt hier ins Gefecht führen wollen, von Hause aus diese Mühe zu ersparen (Heiterkeit); sie würden, wenn sie es dennoch thun, entweder eine bewußte Unwahrheit vorbringen oder mich einer solchen beschuldigen. In Bezug auf denjenigen Theil der Rede des Vorredners, den ich mit angehört habe, will ich hier nur kurz bemerken, daß ich seine Besorgnisse doch für übertrieben halte und finde, daß er die Frage, die uns beschäftigt, überschätzt, wenn er annimmt, daß nun die Freiheit und Einheit Deutschlands, der Friede der Welt, die orientalische Frage, die Geldkrisis und die augenblickliche Stockung der Geschäfte davon abhängen, ob das Reich oder der preußische Staat einige Eisenbahnen mehr erwirbt oder nicht, ob diese Eisenbahnen in dem Besitz des preußischen Staates oder in dem des Reiches sind. Der Vorredner hat seine Argumente sich dadurch leicht gemacht, daß er sich nicht an die Vorlage hielt, von der ich spreche, sondern an die ungeheuren Dimensionen, welche tendenziöse Nachrichten und ungerechtfertigte Besorgnisse, die zu Tage traten — und zwar sehr voreilig, ehe man überhaupt wußte, wovon die Rede war — der Sache gegeben haben. Daß uns die deutsche Freiheit und Einheit auf der ersten Reichslokomotive davonfahren wird (Heiterkeit), das glaube ich nicht. Der Vorredner hat zum Theil auch mit großer Schnelligkeit seine eigenen Argumente bekämpft; ich erinnere nur an den Schluß seiner Rede, wo er mit Pathos mir den Vorwurf machte, warum ich mich nicht an den Reichstag zuerst gewendet und von ihm die Vollmacht, zu kaufen, erbeten hätte, gleich darauf aber mir mit Heftigkeit seine Verweigerung der Vollmacht in Aussicht stellte. Er wird doch selbst zugeben, daß, um Eigenthum des preußischen Staats anzubieten, man doch eher eine Vollmacht dessen, der es augenblicklich besitzt, bedarf, als dessen, der es vielleicht kauft, vielleicht auch nicht, (Heiterkeit), aber darum werden wir nicht in politische Gegnerschaft mit irgend Jemandem gerathen. Es ist überhaupt eine wirthschaftliche Frage, um die es sich handelt, so daß ich bitten möchte, die hohe Politik nicht in dem Maße einzumischen, wie der Vorredner, indem er sich zu dem ungeheuerlichen Bilde versteigt, daß ich den preußischen Landtag zum Sturm gegen den Reichstag anführte. Nun, meine Herren, blicken wir auf die letzten 10 Jahre zurück. Ich glaube, über die Frage, ob ich oder der Vorredner und seine Parteigenossen von der Fortschrittspartei mehr zur Konsolidirung des deutschen Reiches beigetragen haben, wird die Geschichte richten, und nicht zu meinem Nachtheile

Abg. Lasker: M. H. Es liegt keineswegs hier der Plan vor und soll im Reiche verwirklicht werden, sämmtliche Bahnen in Deutschland für das Reich zu erwerben, wenn auch für die Zukunft ein solches Ziel als erreichbar allerdings mag aufgestellt werden können. Dieser Plan ließe sich im Laufe der nächsten Jahre allerdings nicht ohne eine große Verschiebung der wirthschaftlichen Kräfte und nicht ohne eine Verwirrung ausführen, deren Nachtheile größer sein würden als der angestrebte Nutzen. Aber halten wir uns doch nur an den Text der Vorlage! Wir sollen uns darüber aussprechen, ob Preußen bereit sei für den Fall, wenn das Reich dies in seinem Interesse finden sollte die preußischen Bahnen zu erwerben, zu dieser Erwerbung seine Zustimmung zu geben. Ueber mehr oder weniger wird hier nicht entschieden. (Ruf: doch!) Daß diese Frage vom Reichstag und den Regierungen gründlich und zwar wesentlich vom Reichsinteresse aus wird erwogen werden, daran hat kein Freund der Vorlage zweifeln können. Wann seit der Errichtung des Reiches hätten wir uns die Vormundschaft angemaßt, von diesem Saale aus zu entscheiden, was für das Reich zuträglich oder nachträglich sei? Gleichwohl wird die hier getroffene Entscheidung von größter Bedeutung für die deutsche Reichspolitik sein; denn wenn dies Haus heute ein negatives Votum abgiebt, so ist die Regierung gar nicht mehr in der Lage, die Idee den Organen des Reiches zur Erwägung zu stellen. Wie kann man da sagen, wir, die Freunde der Vorlage, wollten das Reich majorisiren und Krieg gegen das Reich führen, die Gegner aber bewiesen die wahre Deferenz gegen das Reich? Diesen einen Ausgangspunkt, den der Vorredner zu einem großen rednerischen Schlußeffekt benutzt hat, wollte ich zunächst auf sein richtiges Maß zurückführen. Unser Votum kann gar keine andere Bedeutung haben, als daß das Reich, ohne irgend wie präjudizirt zu sein, sein eigenes Interesse bei der Sache erwäge. Der Vorredner hat nun als Folge der heutigen Vorlage hingestellt: erstens den Erwerb aller vorhandenen Bahnen, der Staats- wie Privatbahnen durch das Reich, sei es im Wege des Zwanges oder auf andere Weise; zweitens den Bau aller künftigen, auch der Lokalbahnen, so daß die Einzelstaaten bis zum letzten Dorfe von der Entscheidung des Reichs abhängig werden würden; drittens die Verwaltung nach absolut einheitlichen Tarifen, gleichviel wie theuer die Bahnen sind. Im Gegensatz zu diesem ungeheuerlichen Programm stellte er dann die Leichtigkeit des Zustandekommens eines Eisenbahngesetzes, für welche er sich auf die höflichen Schlußworte berief, die die Vertreter der Bundesstaaten am Schlusse ihrer resultatlosen Konferenzen ausgetauscht und in denen sie sagten: „Wir sind zwar heute nicht zu Stande gekommen, aber später — peut-être. (Heiterkeit.) Ich habe den Text des Eisenbahngesetzes vor mir und darin verfolgt, welche Paragraphen von den anderen Staaten angenommen, welche abgewiesen sind, und ich kann danach beurtheilen, was jene Höflichkeitsworte zu bedeuten haben. Es ist Alles weggestrichen, wodurch das Reich eine unmittelbare Verwaltung auf die Eisenbahnen nehmen wollte; es sollte seine Aufsicht nur ausüben vermittelst der Organe der Einzelregierungen. Daß Nichts dabei herauskommt, wenn die ausführenden Organe wesentlich die sind, welche unter Aufsicht gestellt werden, das haben wir zwei Jahre lang probirt. Auch die preußische Eisenbahnverwaltung spreche ich nicht davon frei, dem Reichseisenbahnamte die größten Schwierigkeiten bereitet zu haben. Es liegt das hauptsächlich daran, daß der technische Rath im Ministerium vor Allem von seiner Einsicht überzeugt glaubt,

daß er das Beste will, demgemäß seine eigene starke Stellung verwechselt mit dem öffentlichen Wohl und mit Eifersucht auf ein Mitglied einer anderen Gewalt blickt. Könnten wir ein wirksames Eisenbahngesetz erhalten, um uns das jetzige Reichseisenbahnprojekt abzukaufen, so wären wir bald handelseinig! Dann brauchten wir nicht zu verzweifeln an dem Erfolge, wenn wirklich die einzelnen Staaten, namentlich Sachsen und Würtemberg — Baiern wird von seinem Reservatrechtsstandpunkt aus vielleicht nicht allzu viele Hindernisse bereiten, und von Baden rede ich deshalb nicht, weil dieses patriotische Land sicherlich in ganz kurzer Zeit dem Reichseisenbahngesetze zustimmen wird — uns ein Reichseisenbahngesetz vorlegen mit wirklicher Aufsicht und Kontrole. Beide Staaten, die doch so gut wie Preußen die Initiative haben, beschweren sich, daß sie das Beste gewollt hätten, dem Reiche Alles gewähren wollten. Warum haben sie denn das nicht in einer Vorlage niedergelegt? Selbst wenn die jetzige Vorlage zurückgewiesen würde, bleibt das Vorgehen der Reichs- und der preußischen Regierung ein ungemein verdienstliches. Es würde eine Unmöglichkeit möglich gemacht haben, wenn es bewirkt, daß die Gegner des Gesetzes die Initiative zu einem Reichseisenbahngesetz ergreifen würden. Augenblicklich steht aber die Sache so, daß das Reich ein Amt geschaffen hat, um Verfassungsartikel zu verwirklichen, und dieses Amt sich als ohnmächtig erwiesen hat. Gefallen hat mir besonders der Ausspruch der Vorredners, daß das Reich am meisten leide, wenn man ihm eine Verantwortlichkeit aufbürdet, die es nicht tragen kann. In dieser Lage sind wir eben, denn die Verfassung hat dem Reiche eine Verantwortlichkeit für den Eisenbahnverkehr auferlegt, die es gegenwärtig nicht tragen kann, und es ist deshalb Zeit, energisch den kleinlichen Chikanen von allen Seiten entgegenzutreten, und mit vollem Ernste an die Durchführung der verfassungmäßigen Pflicht zu gehen. Soll Preußen, wie es der Vorredner thut, daraus ein Vorwurf gemacht werden, daß es dem Reiche zu Hülfe kommt, sobald dies sich ohnmächtig zeigt, die verwickelten Verhältnisse zu lösen? Das ist eben die Aufgabe Preußens als Vormacht des Reichs! Preußen hat an sich ein zerrissenes Eisenbahnnetz, das in der Mitte durchbrochen ist. Wird es vollständig ausgefüllt vom Osten zum Westen, so soll mir irgend Jemand einmal beweisen, welcher Unterschied zwischen dem preußischen und deutschen Eisenbahnnetz vorhanden ist. Die heftigsten Gegner sind die kleinen Staaten, die im Gegensatz zu dem Abgeordneten Richter Anhänger des Staatsbahnsystems sind, nur darin ihr Heil finden, und uns zurufen: möge Preußen dasselbe thun, was wir gethan, und sein Staatsbahnsystem vollständig ausbilden. Zu diesem Zwecke aber müßte sich Preußen durch die dazwischen liegenden Kleinstaaten vollständig abrunden und würde dann genau das sein, was Deutschland mit Ausschluß einiger kleinen Provinzen ist. Nach einer Verständigung mit Hessen und Baden, wird die Frage nur die sein, ob neben dem großen Eisenbahnsystem drei isolirte Eisenbahnprovinzen bestehen bleiben: Baiern, Württemberg, und Sachsen. Kein Mensch muthet diesen Staaten zu, daß sie ihre Eisenbahnen an das Reich abtreten sollen. Führen sie also nicht einen Kampf gegen Windmühlen? Triebe Preußen seine eigene Eisenbahnpolitik für sich, so würde es viel eher dazu gedrängt, eine direkte Konkurrenz gegen jene drei Staaten einzuleiten. Ich betrachte diese Vorlage im eminent reichsfreundlichen Sinne. Preußen erklärt: „die Mißwirthschaft und Unzufriedenheit im Volke beweist, daß das Eisenbahnwesen in Preußen auf falscher Grundlage beruht; die neu einzuschlagende Eisenbahnpolitik wird ein sehr bundesfreundliches Aussehen nicht haben. Um aber dem Vorwurfe der Partikularpolitik zu entgehen, erklären wir dem Reiche: es giebt keinen Staat im ganzen Deutschland, welcher seine Interesse weniger vom Reiche trennt, als Preußen, weshalb wir unser ganzes Eisenbahnwesen zur Disposition des Reiches stellen. Freilich werden uns von den Gegnern allerlei Hintergedanken angedichtet, selbst der, daß wir mit der Uebertragung der Bahnen auf das Reich ein gutes Geschäft machen wollten, — wie ich denn glaube, daß wenn wir unsern Staatsschatz dem Reiche geschenkt hätten, einzelne Gegner erklärt hätten: Preußen will die Aufbewahrungskosten sparen. (Heiterkeit.) Solche in Süddeutschland ausgesprochene Vorwürfe haben denselben Werth, als wenn man sagt, wir hätten unsere Truppen nach Süddeutschland geschickt, um die verhungerten Menschen satt zu machen. (Heiterkeit.) Gegen solche Nachreden uns zu schützen, sind wir außer Stande, und ebenso wenig lege ich Werth darauf, daß gesagt wird, der Reichstag werde die Vorlage auf alle Fälle ablehnen. Ich verzweifele dennoch am Gegentheil nicht, ich bin sogar so sanguinisch, die Proteste einzelner Kleinstaaten für verfrüht zu halten, die man einlegte, ohne den ganz unverfänglichen Plan, den man sich anders vorgestellt, zu kennen. Soll dieser unverfängliche erste Schritt wirklich so ungeheuerliche Konsequenzen, wie seine Gegner meinen, nach sich ziehen? Man müßte dann dem Reiche nicht mehr so viel Einsicht zutrauen, jene Konsequenzen selbst zu erkennen. Ich finde aber die Intelligenz in diesem Körper stark repräsentirt, daß ich ihm nicht zutraue, daß er Schritte als Konsequenz von früheren thun wird, wenn er erkennt, daß er sich auf Irrwegen befindet. Wir erkennen vielmehr, daß dieser Anfang uns auf verfassungsmäßigem Wege ein gutes Stück weiter helfen kann. Ich kann den Ideengang nicht fassen, daß man die preußischen Bahnen nicht auf das Reich übertragen will, obgleich es gleichgiltig ist, ob ein Bahnkomplex von Preußen oder vom Reiche verwaltet wird, weil man dem Reiche alle möglichen wahnsinnigen Maßregeln zutraut, und um sich davor zu hüten, sagt die preußische Volksvertretung, wir gestatten keine Deliberation über das Angebot. Ich würde dem beitreten können, wenn die Vorlage so widersinnig wäre, daß voraussichtlich niemals Heil aus derselben erwachsen könne, daß sie der Deliberation beim Reiche gar nicht würdig wäre. Aber in der Voraussetzung, daß das Reich alle möglichen Fehler begehen werde, kann ich die Vorlage nicht ablehnen. Ihr Votum gegen die Angelegenheit wird wie das der Landtage von Baiern und Württemberg im Reichstage seine Wirkung nicht verfehlen, und die Majorität wird sich hier nicht allein aus den wirthschaftlichen und konstitutionellen Gegnern der Vorlage, sondern auch aus denjenigen Elementen zusammensetzen, welche gegen jede Stärkung des Reiches sind. (Sehr richtig!) Ich will den Abgeordneten Richter und seine Freunde nicht mit jenen Elementen identifiziren, denn ihre Motive namentlich über die Staatsbahnen gehen auseinander, aber der Tenor würde beiden gemeinsam sein: wir wollen das Reich von diesem wichtigen Verwaltungszweige fern halten, weil hier der Staatsinhalt anfängt. Ich lasse mich auch nicht auf die ideale Seite der Oberaufsicht verweisen, denn in der täglichen schweren Arbeit liegt ein großer Theil des besten staatlichen Inhalts. Der Exekutordienst in diesen wichtigen Angelegenheiten, welcher für das Reich zu niedrig sein soll, ist in der That nicht so verächtlich, denn die Vollstreckung ist der letzte Ausdruck staatlicher Macht. Die Angelegenheiten des deutschen Reichs haben einen etwas theoretischen Gang genommen, und es freut mich, daß man anfängt, etwas mehr praktische Fragen zu behandeln. Die Arbeit läßt allerdings Spuren zurück, welche dem Schönheitssinn nicht entsprechen, aber doch die Grundlage für jede Fortentwickelung sind. Ich gönne es dem Reiche auch dort nun einzutreten. Die Verfassung hat es ja gewollt; sie hat die Paragraphen so gestaltet und ist ganz entschieden im Ausdruck gewesen, da wo sich Mißstände im Reiche gezeigt haben; aber ohne völlige Kenntniß sind die übrigen Paragraphen der norddeutschen Verfassung, die später zur Reichsverfassung geworden ist, so ausgefallen, daß sie in der Praxis sich nicht wirksam erweisen. Wir sollen ihr nun eine praktische Grundlage geben. Alle Analogien haben neben Zutreffendem auch etwas, was nicht zusammen paßt. Es sind mannigfache Unterschiede zwischen der Bewegung, die mit dem Zollverein eingeleitet ist, und zwischen der jetzigen Bewegung; aber im Grunde kommen doch beide Bewegungen nahe an einander und stehen an Wichtigkeit sich nicht nach. (Sehr wahr!) Wenn der Vorredner überall blos den Charakter der Privat-Industrie an den Eisenbahnen ausgedrückt findet, so kann ich ihm nicht beistimmen. Der Vorredner hat ferner außer Acht gelassen, über die Natur der Verkehrsstraßen zu sprechen. Von allen Interessenten, ja selbst von den Privat-Eisenbahn-Gesellschaften ist anerkannt, daß eine regulirende Macht des Staates nothwendig ist, um diese Verkehrsstraßen in Ordnung zu halten und die widersprechenden Interessen des Publikums und der Eisenbahnunternehmer zur Ausgleichung zu bringen. Wie wollen Sie da irgend einen Begriff des jetzt entwickelten Privateigenthums für ausreichend erklären, um die Ordnung des Eisenbahnwesens herbeizuführen. Man hat von allen Seiten der Staatsgewalt das Recht zugestanden, die Tarife zu begrenzen, auf die Fahrpläne, auf die gesammte Verwaltung des Eisenbahnwesens einzuwirken. Nur da ist eigentlich die Staatsgewalt begrenzt, wo der Privatbesitzer die Angelegenheit besser und ebenso uninteressirt besorgt, wie der Staat. Bei einem solchen Zustande kommen Sie mit dem Privatrechte nicht durch. Sie werfen uns vor, daß wir der Sozialdemokratie ziemlich nahe kommen, weil wir für das Staatseisenbahnwesen eintreten. Meiner Meinung nach beschädigen die Vertreter der unbedingten Privatindustrie den Begriff des Privateigenthums weit mehr, als die Vertreter des Staatseisenbahnwesens. Wir stehen erst im Anfange der Entwickelung über den Begriff von Eisenbahnen. Dieser ganze Zweig der öffentlichen Thätigkeit ist noch sehr jung und bis jetzt noch sehr einseitig gelöst worden. Der Abg. Richter hat uns gesagt, daß wir ein Experiment machen wollen, das uns kein großer Staat der Welt vorgemacht habe. Ja, die übrigen Staaten waren in der glücklichen Lage, von vornherein ihre Eisenbahnen so einrichten zu können, daß sie nicht nöthig hatten, an die Frage heranzutreten; vor allem England mit seinem strotzenden Reichthum, welches die Konkurrenz ohne Maßen gestattet, und Frankreich, welches durch den Zuschuß von zwei Milliarden sich ein solches Aufsichtsrecht gesichert hat, daß es den vollen Nutzen des Staatsbahnsystems hat; daß man in Deutschland jetzt das Experiment machen muß, ist die Folge seiner früheren Zerstücklung und es ist zu hoffen, daß das Reich, das schon so viele Uebelstände beseitigt hat, auch dieselben auf diesem Gebiete beseitigen wird. Die großen Illusionen über Aufhebung der Differentialtarife u. s. w., welche verschiedene Interessenkreise hegen, müssen wir hierbei allerdings zerstören; aber eins bleibt richtig, die Auswüchse auf allen diesen Gebieten werden durch das kräftige Einschreiten des Reiches beseitigt werden. Man kann leicht für Konkurrenzbahnen und Differentialtarife plaidiren, aber es giebt einen Punkt, wo diese Differentialtarife beginnen, die Frachten zu verkehren und zum Theil haben wir diesen Zustand in Deutschland schon. (Sehr richtig!) An allen diesen Grenzen wird das Reich wachen, keineswegs aber jede Konkurrenz unterdrücken. Weder wird das Reich die preußischen Bahnen auf Kosten der anderen Staaten begünstigen noch sie vernachlässigen; Preußen wird immer noch in lokalem Interesse Privatbahnen mit Staatssubventionen bauen können. Die Gegner der Vorlage und namentlich Abg. Richter führte aus, daß die Entwickelung der Produktivität mit der Entwickelung der Lokalbahnen zusammenfällt. Will aber der jetzige Plan sämmtliche Bahnen an das Reich bringen? Er entwickelt blos, daß es auf die großen durchgehenden Linien abgesehen ist. Der Ausbau der Lokalbahnen wird Ihnen in keiner Weise entrissen werden und in ihnen liegt die größte Produktivität und das größte Landesinteresse. Es ist uns geschildert, daß die Annahme dieses Gesetzes der Aufhebung aller konstitutionellen Gerantien gleichkommt. Warum soll, was nicht in Preußen eingetreten ist, im Reiche erfolgen, warum soll die Vertretung Gesammtdeutschlands schwächer sein als Preußens? Wäre ich Gegner der Vorlage, so hätte ich viel mehr Bedenken entwickeln können, als Herr Kollege Richter. Ich bezweifle nicht, daß er sie anderen Rednern überlassen hat. Vom partikularistischen Standpunkte ist gesagt worden, daß, wenn das Reich die Eisenbahnen an sich nimmt, es immerhin den ganzen übrigen Plunder nehmen möge, daß damit die Einzelstaaten — ich glaube einer der Redner ist schon hierzu prädestinirt — (Heiterkeit) vollständig mediatisirt seien, und es ist der Einheitsstaat fertig. Für meine Person ist das nicht so abschreckend, aber es ist unwahr. Die Verwaltung der Bahnen ist nur ein Zweig des Staatslebens. Es können die größten Bedenken gegen die Vorlage erhoben werden, ich meine aber die Zeit, sie zu erörtern, ist im deutschen Reiche, nicht hier. Nur das letztere kann die Maßregeln zur vollständigen Organisation des Reichswesens verwirklichen, seine Aufgabe wird es sein, zu untersuchen, ob die Ministerverantwortlichkeit in der That durchzuführen ist und die genügenden Garantien bietet. Auch das wird das Reich zu erwägen haben, ob eine neue Finanzquelle für das Reich zu eröffnen, ob eine selbstständige Finanzverwaltung einzurichten sei. Ich erblicke in dieser Vorlage einen ernsten Angriff, daß das Reich sich nicht durch formale Grenzen zurückweisen lassen will von der Erfüllung der ihm verfassungsmäßig anheimgefallenen Pflichten. Meiner innigsten Ueberzeugung nach war die glücklichste Lösung der Eisenbahnangelegenheiten nicht anders herbeizuführen, als wenn der Reichskanzler mit der ganzen Macht und Wucht seiner Persönlichkeit und Stellung für dieselben eintrat. Es ist dies — ich gestehe es ganz offen — nicht ein Dienst, den die liberale Partei dem Reichskanzler, sondern der Reichskanzler seinen liberalen Unterstützern leistet, indem er das Reich voranstellt, und in voller Uebereinstimmung die preußische Regierung, zustimmt, ein Beispiel dem übrigen Deutschland zu geben, wie entsagend sie selbst ist. (Lachen im Zentrum.) Ich kann das sagen, aus dem einfachen Grunde, weil in jedem preußischen Herzen das Gefühl lebt, daß das, was es in Preußen an Macht verliert, er in einem viel bedeutenderem Maße durch die Macht des Reiches an nationalem Inhalte wiedergewinnt. (Beifall.) Indem die preußische Regierung nun unter Führung des Reichskanzlers vorangeht, steht sie abermals auf der Höhe des Berufes. Preußen beginnt keinen Krieg gegen das Reich. Worin sollte denn der Inhalt dieses Krieges bestehen? Glauben Sie, daß wir dem Reiche die Last des Staatsbahnsystems auflegen wollen, da wir es zu Hause nicht ausdehnen können? Alle diese Verdächtigungen werden vor dem Reiche in der Diskussion verschwinden. Von uns wird nicht in der Vorlage gefordert, daß wir dem Reiche eine Wohlthat oder einen Nachtheil aufdringen, sondern von Preußen soll Zeugniß abgelegt werden gegen die dem Reiche verfassungsmäßig aufgelegten Lasten, daß es bereit ist, das zu erfüllen, was das Reich als seine Pflicht übernommen hat. Diesen Sinn verbinden wir mit der Vorlage. Wir legen keinen Zwang auf und werden jedem Einwand an seiner Stelle entgegentreten. Wir wollen nur nicht, daß Verfassungsartikel dem Reiche die gesammte Aufsicht des Eisenbahnwesens aufbürden, welche es nicht durchführen kann, so daß die Artikel eine Unwahrheit enthalten und das Reich sich ohnmächtig zurückziehen muß gegen den Widerstand der einzelnen Staaten. Wenn Sie das thun, dann ist das Reich weiter nichts als die Versicherungsanstalt für die unverletzte Souveränität der einzelnen Staaten. Zwingt uns aber dann die Logik zu weiteren Schritten, so wollen wir diesen ersten Schritt als heilsam segnen. Ich werde in diesem Sinne für die Vorlage stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Fürst Bismarck: Durch die vorgerückte Zeit bin ich genöthigt, meinem Vorsatz, später zu sprechen, untreu zu werden, da ich leider nicht ganz sicher bin, ob meine Gesundheit mir erlauben wird, morgen wieder in Ihrer Mitte zu erscheinen. Ich bitte deshalb auch um Ihre Nachsicht, wenn ich mich nicht so gründlich über die gesammte Vorlage und über den Inhalt der Vorreden ausspreche, wie vielleicht von mir erwartet wird. Indessen, nachdem ich die Rede des letzteren Herrn Redners gehört habe, so kann ich mich darüber mehr beruhigen: er hat so ziemlich Alles gesagt, was ich hätte sagen können, außerdem auch noch Einiges mehr. (Heiterkeit.) Meine Herren, ich kann mich darauf beschränken, meine Stellung zu der Vorlage als Minister und als Kanzler klarzulegen und Ihnen die Vorlage selbst noch einmal an das Herz zu legen. Diese zwiespaltige Stellung als Kanzler und als Minister sollte ich hier eigentlich nicht erwähnen, da ich nicht das Recht habe, hier die Eigenschaft als Kanzler vorzukehren, aber es ist eben nothwendig, darauf zurückzugreifen, um die Genesis meiner Stellung zur Sache Ihnen darlegen zu können. Die Verfassung, wie wir eben gehört haben, giebt dem Verkehr im deutschen Reich und den gesammten Angehörigen desselben sehr werthvolle Verheißungen in Bezug auf die Behandlung der Eisenbahnen. Als Reichsbeamter liegt mir die Verantwortung dafür ob, daß die kaiserliche Thätigkeit auf die Durchführung der Reichsgesetze gerichtet sei, von denen die Reichsverfassung eines der vornehmsten ist, und ich kann mich doch nicht zu der Höhe in der leichten Beurtheilung irgend eines wesentlichen Theils der Verfassung erheben, die den Abg. Richter bei seinem sonst so konstitutionellen Ansichten kennzeichnet, indem er von diesem wichtigen Theil der Verfassungsgesetze, wie sie von Artikel 41 an darin enthalten sind, wie von einem todten Buchstaben spricht und so geringschätzig, daß ich als Minister mir nicht zu Schulden kommen lassen möchte, von irgend einem Theil der preußischen oder Reichsverfassung so in dem Ton zu sprechen. Ich würde sonst mit Recht in den Verdacht kommen können, den der Herr Vorredner aus anderen Gründen indirekt gegen mich wendete, als ob ich mit konstitutionellen Rechten es nicht immer ganz genau nehme. Ich erinnere mich sehr genau, als die Verfassung zu Stande kam, weder von den Regierungen noch den Körperschaften, die dabei betheiligt waren, in diesem Ton von diesem Abschnitt gesprochen wurde, im Gegentheil man knüpfte sehr große Hoffnungen weitgehender Art für die Zukunft daran. Ich selbst habe damals auch — man muß die Entwickelung der Dinge immer erst beobachten, ehe man sie erkennt — auf die Initiative der Regierungen gerechnet, ich habe darauf gerechnet, daß die Regierungen die Verpflichtung, die sie hier übernommen haben: „Die Bundesregierungen verpflichten sich, die deutschen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Netz verwalten zu lassen“ ernst nehmen würden und namentlich die preußische Regierung das thun würde, in deren Handelsministerium dieser Theil der Verfassung gearbeitet wurde. Ich habe mich darin vollständig getäuscht. (Heiterkeit.) Ich habe nachher geglaubt, daß die Herstellung des Reichseisenbahnamtes als Aufsichtsamt den Mängeln abhelfen könnte. Die Erfahrung hat aber nur gezeigt, wie ohnmächtig das Reich an sich ist und wie stark der Territorialstaat ist. Das Reichseisenbahnamt ist eine begutachtende, berathende, bittende Behörde geworden, die viel schreibt und thut, ohne daß ihr Jemand Folge leistet (Heiterkeit), und der mehr eine Beschäftigung zugefallen ist, bei der ich die ausgezeichneten Kräfte, die sich ihr gewidmet haben, nur mit Mühe von der Entmuthigung bewahren kann, mit der jede erfolglose und angestrengste Thätigkeit verbunden ist. Ich hatte demnächst meine Hoffnung als Kanzler in diesem Theil der Verfassung auf ein Eisenbahngesetz gerichtet. Es ist schon vorher davon gesprochen worden, welche Schwierigkeiten das Zustandekommen dieses Gesetzes hat, nur ist es ungerecht, die Schwierigkeiten allein der königlich sächsischen Regierung zuzuschieben, es ist nicht allein diese Regierung, es sind andere auch nicht unbetheiligt; die Thatsache ist immer geblieben, daß der faktische Einfluß des königlich preußischen Handelsministeriums auf die gesammte Entwickelung und Gebahrung unseres deutschen Eisenbahnwesens ein stärkerer ist, als die der Reichsgewalt, trotz allem, was in der Verfassung steht. Es hat sich eben das Recht der Territorialaufsicht mit seiner Exekutivgewalt und der Besitz eines großen Eisenbahnkomplexes, der eine magnetische Einwirkung auf andere Schienenwege ausübt, doch als sehr viel stärker erwiesen, als theoretische Verfassungsrechte, die dem Reiche verliehen wurden. Diesen Zustand zu bekämpfen auch in den einzelnen wirthschaftlichen Theilen, die Entwicklung eines großen Territorialbesitzes zum Nachtheil der Reichsautorität nicht zu fördern, entspricht der Pflicht, die mir als Reichskanzler obliegt. Ich kann dabei auch nicht sagen, daß die preußische Eisenbahnpolitik — der jetzige Handelsminister ist erst seit Kurzem mit ihr befaßt — aber in den früheren Stadien mit Ausnahme der Zeit, wo der Minister von der Heydt sie leitete, im Ganzen eine glückliche gewesen wäre. Wir hatten vollkommen freie Hand schon zu Zeiten, wo die Freiheit der Hand nicht einmal durch parlamentarische Beschlüsse beengt war, und da waren die Intentionen noch staatsmännischer in Bezug auf die Eisenbahnen, wie aus dem Inhalt der alten Gesetze schüchtern hervorleuchtet, als sie in späteren Zeiten es blieben. Es ist daraus ein Zustand der Zerrissenheit hervorgegangen, dem ich doch auch noch andere Seiten abgewinnen muß, als wie die Ideale der Konkurrenz und des Beispielgebens in Verbesserungen, die der erste Herr Redner besonders hervorhob. Wir sind in Bezug auf den Eisenbahnverkehr in eine Lage gerathen, wie sie eigentlich seit dem Mittelalter in Deutschland eigenthümlich war, wir haben in Deutschland, glaube ich, 63 verschiedene — Eisenbahnprovinzen ist fast zu wenig gesagt, es sind selbstständige Eisenbahnterritorien, will ich sagen, von denen etwa 40 auf Preußen kommen. Jede dieser Territorialherrschaften ist nun mit den mittelalterlichen Rechten des Stapelrechtes, des Zoll- und Geleitwesens, der Auflagen auf den Verkehr und sogar mit dem Interesse eines Privatsäckels nach Willkür vollständig ausgestattet. Wir erleben häufig, daß ohne großen Vortheil für die Aktionäre und für die Eisenbahnen aus einer Art von Sport, möchte ich sagen, die Direktionen unter einander einen Kampf führen, der recht viel Geld kostet und der eigentlich mehr ein Machtkampf ist. Diesem Zustande, der nicht dem Ideal entspricht, das die Reichsverfassung sich aufstellt, kann nur dadurch, glaube ich, abgeholfen werden, daß auch in Preußen ein anderer Weg zur Abhülfe als bisher versucht wird, wenn der Uebergang an das Reich nicht stattfindet. Selbst das staatliche Aufsichtsrecht beweist sich nicht stark genug, um den Zustand, welchen die Reichsverfassungsbestimmungen aufstellen, auch nur innerhalb Preußens herzustellen, es gehört dazu, glaube ich, noch ein verstärker Besitz der Staatsbahnen keineswegs eine Unifikation, nur eine Konsolidation; ich meine nur, daß nach jeder der Haupteinrichtungen hin der Staat in dem Besitz irgend einer Verbindungslinie ist, der gegenüber eine Konkurrenz ja stattfinden kann, die aber auch selbständig die Verbindung herstellen kann. Die Befürchtung, daß die Aufsicht und die Konkurrenz mit einander unvereinbar sind, theile ich gar nicht, ich habe bis jetzt wenigstens nicht wahrgenommen, daß die Prosperität irgend einer Eisenbahn unter der Konkurrenz einer Staatsbahn gelitten hätten. Außerdem sind die Eisenbahnen, glaube ich, auch in der Hauptsache nicht bestimmt, ein Gegenstand finanzieller Konkurrenz zu sein, der das Höchste herausschlägt: Die Eisenbahnen sind meiner Ueberzeugung nach vielmehr im Dienste des Verkehrs entstanden, als im Dienste der Finanzen. Daß sie dabei nicht finanziellen Vortheil bringen sollten, wäre eine Thorheit, die Ueberschüsse, welche an den Staat in Gestalt von Ueberschüssen, an die Aktionäre in Gestalt von Dividenden gehen, bilden die Besteuerung, die der Staat von dem Verkehr auf Grund seines Privilegiums erheben könnte, die aber die Privatbahnen den Aktionären zuwenden. Daß diese Besteuerung eine nicht drückende, eine dem Verkehre angemessene und gerechte sei, das ist Sache der Abwehr, daß aber die Konkurrenz im Finanzwege, also recht eigentlich die Fiskalität die Hauptsache im Eisenbahnwesen sei, das muß ich bestreiten, und deshalb halte ich den Begriff einer Konkurrenz zwischen Staats- und Privatbahnen für keinen bedenklichen und für keinen, der uns abhalten dürfte, darin die Abhilfe der Nachtheile unserer Zerrissenheit zu suchen. Die nichtpreußischen Bahnen, welche noch Privatbahnen sind — es sind deren nur sehr wenige — werden wahrscheinlich in kurzer Zeit von den betreffenden Staaten erworben werden. Die preußischen Staatsbahnen dienen bereits in der Hauptsache dem Verkehrsinteresse, nebenher dem Finanzinteresse des Staates, also jedenfalls dem öffentlichen Interesse. Es ist der Uebelstand der Privatbahnen, daß ein vom Staate verliehenes Privil. und nur durch Staatshilfe ausgebeutetes Monopol für Privatzwecke und für Privatrevenuen ausgenutzt wird; das findet bei den Staatsbahnen nicht statt. Es ist dies also eine sehr unberechtigte und übertriebene Befürchtung, die man hat laut werden lassen und die wahrscheinlich nicht laut geworden wäre, wenn man abgewartet hätte, bis öffentlich kundbar wurde, was wir wollten. Ich sehe auch in diesen Befürchtungen einen geringeren Glauben an Recht und Billigkeit in Deutschland, als ich habe. Ich bin vielleicht nicht Jurist genug, aber nach meiner Ueberzeugung hätten wir gar nicht die Möglichkeit, den anderen Staaten wider ihren Willen ihre Staatsbahnen zu nehmen. Die gesetzliche Kompetenz der Reichsverfassung reicht so weit nicht, daß die Substanz und das Eigenthum der Eisenbahnen dem Staate entzogen werden kann. Mit demselben Rechte und nach derselben ungeheuerlichen Theorie könnten ja sonst auch dem Staate die Bergwerke entzogen werden. Welche Quelle die deutschen Kleinstaaten für diese ganz ungerechtfertigte Befürchtung haben, weiß ich nicht. Traut man sich die Kraft vielleicht nicht zu, der Anziehung eines größeren Eisenbahnkomplexes nicht zu widerstehen; — ja diese Besorgniß wäre doch ebenso berechtigt, einem ausgedehnten preußischen Staatsbahnnetze gegenüber, wie es in dem westlichen Theile des preußischen Staates besteht — traut man sich also diese Kraft nicht zu, so kann man doch von Preußen nicht verlangen, daß es die Bundesfreundlichkeit so weit treibe, daß, um seinen Bundesgenossen diese Befürchtung zu ersparen, es seinerseits innerhalb der preußischen Grenzen in einem Zustande verbleibt, den es

(Fortsetzung in der Beilage.)

entschieden für verwerflich und unwirthschaftlich erkennt. Aber ich glaube, daß diese Befürchtung eine ungerechtfertigte ist, denn ich finde, daß weite Bahnkomplexe in Staaten von dem Umfange der deutschen Mittelstaaten wie die Schweiz, Belgien die Niederlande, existiren und zwar inmitten und an der Grenze größerer benachbarter französischer und deutscher Eisenbahnkomplexe, daß sie existiren ganz ohne die mindeste Besorgniß für ihre wirthschaftliche Selbstständigkeit — die politische ist ihnen ja vollständig garantirt, und die politische Seite deckt bei uns ja auch die Reichsverfassung. Warum aber wirthschaftlich bei uns die Wirksamkeit der preußischen Staatsbahnen auf die der deutschen benachbarten Staatsbahnen eine stärker anziehende sein sollte, als die der französischen Bahn gegenüber den schweizerischen oder den belgischen, das sehe ich nicht ein; ich halte also auch diese Befürchtung eigentlich für eine unbegründete. Die Abhilfe der Mängel, an denen meines Erachtens das preußische Eisenbahnwesen laborirt, könnte also in sehr einfacher Weise auf rein preußischem Gebiet durch allmählige Vergrößerung der Staatsbahnen erfolgen, indem vielleicht die Eisenbahnverwaltungen selbstständiger gestellt würden als bisher, und ein vollständig unabhängiges Eisenbahnministerium errichtet würde mit der Ermächtigung, solche Verträge mit den Privatbahnen abzuschließen und sie dem jedesmaligen Landtage zu unterbreiten. Das wäre ja eine sehr einfache Operation, wenn wir nicht in dem Reichsverbande ständen. In dem Reichsverbande und Angesichts der Pflichten die wir dem Reiche gegenüber haben, halte ich es aber, so lange uns von unseren Bundesgenossen eine Möglichkeit dazu gegeben wird, für meine Pflicht zuerst die Macht des Reiches und nicht eines — ich habe den Ausdruck schon früher gebraucht — Großpreußenthums zu stärken, und den stärksten Staat im Reiche selbst, so lange wir es hindern können, auf wirthschaftlichem Gebiet nicht noch mehr Uebergewicht gewinnen zu lassen, sondern es dem Reiche zuzuweisen. Die Reichsverfassung kann nur auf diesem Wege zu einer Wahrheit werden, nicht sehr schnell, wahrscheinlich! Denn selbst, wenn Sie uns m. H., die Vollmacht ertheilen, vor den Reichstag zu treten, so glaube ich, werden wir das Resultat, das wir beim Reichstag im günstigen Fall erlangen, Ihnen doch immer erst in der Landtagssession des nächsten Jahres unterbreiten können. Ist das Resultat aber ein negatives, lehnt das Reich das Anerbieten ab, was ja sehr leicht möglich ist, und was ich meinerseits sehr bedauern würde, dann sind wir in der Lage, Ihnen die Mittheilung und dann zugleich die weiteren Vorschläge zu machen, wie nach Meinung der preußischen Regierung nun die Konsolidation des preußischen Eisenbahnbesitzes zu erstreben sei. Willigt aber das Reich ein, dann ist ja immerhin noch fraglich, ob die Art, wie der Vertrag abgeschlossen ist, der ja eine sehr umfangreiche Arbeit, bei Ihnen oder beim Herrenhause Beifall findet. Es kann ja sein, daß irgend eine Klausel oder Bedingung Ihnen den Vertrag unannehmbar erscheinen läßt, dann geht wieder ein Jahr verloren, während dessen die Sache bleibt, wie sie ist. Aber selbst wenn wir so glücklich wären, mit dem Reiche ein Abkommen zu schließen, das sofort Ihre Genehmigung fände, dann würde immer noch wieder ein Reichstag nothwendig sein, also wiederum ein Sessionsjahr vergehen, in welchem diejenigen budgetmäßigen Vorkehrungen getroffen werden müßten, die ja ganz nothwendig sind, um das Reich in den Stand zu setzen, diese große Morgengabe, die ihm Preußen darbringt, zu verwalten. Es werden also immerhin mindestens noch drei Jahre vergehen, bevor wir mit Sicherheit im allergünstigsten Falle darauf rechnen können, daß wir in ein anderes Fahrwasser kommen. Ich würde es bedauern, wenn diese drei Jahre bei der preußischen Regierung ganz ungenützt blieben, und nicht vielmehr auf dem Wege, den das Reich wird gehen müssen, wenn es unsere Staatsbahnen annimmt, das preußische Ministerium schon jetzt oder doch bald — und ich glaube die Gelegenheit ist jetzt günstiger wie je — vorwärts gehen und nicht solche Verbindungen anknüpfen würde, die es in den Stand setzt, Ihnen, meine Herren, in einer nächsten Sitzung bereits Vorlagen von Verträgen zu machen, die vielleicht für Preußen abzuschließen wären, um die Masse, die demnächst an das Reich überzugehen hat, zu vermehren, eventuell den preußischen Staatsbesitz zu steigern. Ich erwähne dies nur, um Ihnen und namentlich den außerhalb des Hauses Stehenden meine Ansicht von dem Tempo zu geben, in dem diese Sache sich bewegen wird, und welches keineswegs ein stürmisches ist, sondern ein langsames und ruhiges. Wir sind der Meinung, Schritt für Schritt in dieser Vergrößerung vorzugehen, nicht zu drängen, nichts zu übereilen, nichts zu ernsthaften Streitfragen zuzuspitzen, sondern die Frage als eine rein wirthschaftliche zu behandeln, bei der ein gewaltiger Druck nach keiner Seite geübt wird. Erschwert wird uns die Regelung dieser wirthschaftlichen Frage noch wesentlich dadurch, daß jede der politischen Parteien, die im Reiche vorhanden sind, nach ihrer Art und für ihre Zwecke dieselbe ausbeutet. Die Interessen stehen sich ja theilweise entgegen, auch die materiellen, nicht sowohl die der Aktionäre, die im Ganzen bei dem fortwährend sich vermindernden Werth der Eisenbahnen nicht sehr unglücklich sein werden, wenn es einen Moment gäbe, wo dieser Verminderung durch Verwandelung in eine Staatsrente ein Halt geboten würde, aber den Direktionen wird es schwer werden, einen Ersatz für die glänzende Stellung zu finden, die sie im Augenblicke haben, und zu den Direktionen gehören, ja im weiteren Begriffe die sich angeblich sehr gefährdet glaubenden Direktionen bei den Staatseisenbahnen. Daß nicht rein wirthschaftliche, sondern auch politische Interessen bei der Beurtheilung der Sache maßgebend sind, das sehen Sie schon aus der scharf abweisenden oder zustimmenden Stellung, die die Fraktionen hier im Hause zu der Frage eingenommen haben. Ich glaube die Fraktionen werden in dieser Frage völlig geschlossen stimmen und das ist für mich kein erwünschtes Symptom insofern, als der politische Kern vorwiegt. Man könnte fragen, warum wir überhaupt die Vorlage machen, da wir ja wohl befugt gewesen wären, mit dem Reiche zu verhandeln, und wenn wir dort zu einem günstigen Resultat gelangten, Ihnen dasselbe zur Genehmigung vorzulegen. Dazu aber ist uns die Sache zu wichtig, als daß wir von unserer Machtvollkommenheit in dieser Weise Gebrauch machen sollten. Es würde das bei den meisten von Ihnen doch einen gewissen Eindruck von Nichtachtung gemacht haben, wenn ein so großes Eigenthum des Staates oder der Nation zum Kauf angeboten wird, ohne daß wir uns vorher der Stimmung der Volksvertretung einigermaßen versichert hätten, die Initiative muß ja natürlich von dem ausgehen, dessen Eigenthum verkauft werden soll. Unsere Stellung zum Reichstage ist ja auch eine ganz andere, wenn wir gestärkt durch das Votum des Abgeordnetenhauses, des nächst schwerwiegendsten in dem ganzen deutschen Reiche, dem Reichstage gegenübertreten Es geht das schon daraus hervor, daß, wenn Sie diese Vorlage ablehnen, wir dann ganz sicher gar keine Aussicht hätten, die Sache mit irgend einem Erfolg vor den Reichtag zu bringen, sondern Sie würden es von uns dann gerechtfertigt finden müssen, wenn wir für jetzt darauf verzichten und in späterer Zeit einer anders zusammengesetzten Versammlung die Sache von Neuem vorlegen oder a male informato — ad melius informandum später noch einmal appelliren. Aber daß wir vom Reichstage gewissermaßen lahmgelegt und außer Gefecht gesetzt werden, das liegt doch ganz klar und das zeigt schon, wie wichtig und nothwendig es ist, daß wir Ihre Unterstützung nachgesucht haben, und wie viel davon abhängt, ob Sie uns dieselbe bewilligen oder vorenthalten wollen. Ich hoffe das erstere, daß damit, daß Sie es bewilligen werden, ein erster Schritt auf einer Bahn geschehen wird, die bei meinen Lebzeiten, und ich möchte fast sagen, bei unserer aller Lebzeiten noch nicht ganz zu Ende gekommen sein wird. Aber mag die Entwicklung noch so langsam gegangen sein und unter noch so großen Kämpfen, wo ist denn Wichtiges anders zu Stande gekommen, als mit Kämpfen und grade durch Kämpfe, mögen sie noch so groß und noch so schwierig sein. Wir werden im Bewußtsein des guten Zieles, das wir verfolgen, nicht daran zurückschrecken und werden auch nicht erlahmen und unmuthig werden, weil ich überzeugt bin, daß wenn eines an und für sich richtigen Gedankens sich einmal die Oeffentlichkeit bemächtigt hat, er nicht eher von der Tagesordnung verschwinden kann und wird als bis er sich verwirklicht hat, als bis mit anderen Worten die Reichsverfassung, als deren Vertreter ich hier vor Ihnen stehe, zur Wahrheit geworden ist auch in dieser Eisenbahnfrage. (Beifall).

Nach diesem Vortrage des Ministerpräsidenten wird die Debatte um 4 Uhr bis Donnerstag 11 Uhr vertagt. Außerdem soll in der nächsten Sitzung die von der Verfassung vorgeschriebene zweite Abstimmung über den Gesetzentwurf, betreffend die Einverleibung Lauenburgs stattfinden.

Parlamentarische Nachrichten.

* Der Abg. Dr. v. Cuny hat zu dem Gesetzentwurfe, betr. die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen der Monarchie, folgenden Abänderungsantrag eingebracht: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1) in Artikel 12 den von der Kommission beschlossenen dritten Absatz zu streichen; 2. eventuell, für den Fall der Annahme dieses Absatzes, ihn zu fassen, wie folgt: Bestimmungen eines Kirchengesetzes oder einer kirchlichen Verordnung, welche in Widerspruch mit einem Staatsgesetze stehen, sind ungiltig. Sie können durch einen königl. Erlaß ausdrücklich für ungültig erklärt werden. Die Prüfung der Rechtsgültigkeit dieses Erlasses unterliegt nicht den im Artikel 106 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 vorgeschriebenen Beschränkungen.

Lokales und Provinzielles.

Posen 27 April.

r. In Angelegenheit der Errichtung eines Seminars und eines dritten staatlichen Gymnasiums in der Stadt Posen hatte der Oberbürgermeister Kohleis eine Eingabe an den Kultusministers gerichtet, auf welche derselbe unter dem 30. März d. J. folgenden bereits erwähnten abschläglichen Bescheid ertheilt hat:

Ew. Hochwohlgeboren erwiedere ich auf die Eingabe vom 4. Januar d. J., daß kein Bedürfniß vorliegt, in der dortigen Provinz und speziell in der Stadt Posen ein neues Seminar zu errichten, da die vorhandenen, wenn sie erst vollständig besetzt sind, ausreichen, das Bedürfniß an Volksschullehrern zu decken. Ebenso wenig kann ich die Nothwendigkeit der Errichtung eines dritten staatlichen Gymnasiums für die Stadt Posen anerkennen. Abgesehen davon, daß die weitere Entwickelung der Frequenz-Verhältnisse an dem dortigen Mariengymnasium zunächst abgewartet werden muß, kann es nur im Interesse des Staates liegen, die an dem dortigen Friedrich-Wilhelms-Gymnasium wegen Ueberfüllung der unteren Klassen zurückgewiesenen Schüler dem Mariengymnasium zuzuführen, und umgekehrt solche Schüler, welche in den oberen Klassen der letzteren keine Aufnahme finden können, an ersteres abzugeben. Nöthigenfalls würde ich bei dem Mariengymnasium die Errichtung weiterer Parallelklassen in Aussicht nehmen. Sollte übrigens der dortige Magistrat geneigt sei, ein städtisches Simultangymnasium daselbst zu errichten, so würde ich selbstredend einen derartigen Plan nur fördern können.

— Zur Förderung der Hopfenkultur in unserer Provinz beabsichtigt der landw. Provinzialverein am 11. und 12. Oktober d. J. in Neutomischel eine Provinzial-Hopfenausstellung zu veranstalten, mit welcher eine Prämiirung der besten Hopfenprodukte verbunden werden soll.

— Die Angelegenheit des Propstes Kolany in Murzynno versetzt den „Kurver“, welcher gehofft hatte, daß Propst Kolany wieder nach Kleszczewo zurückkehren werde, während er ruhig in Murzynno bleibt, wieder einmal in große Aufregung. Wir entnehmen einer Korrespondenz dieses Blattes folgende Mittheilungen:

Der Dekan Gantkowski aus Brodnia erhielt unterm 29. März ein Schreiben des Oberpräsidenten, in welchem er benachrichtigt wurde, daß der Propst Kolany aus Kleszczewo auf Grund des Gesetzes vom 20. Mai 1874 als Propst nach Murzynno berufen sei. Zugleich wurde der Dekan Gantkowski benachrichtigt, daß die betreffende Mittheilung in Folge eines Irrthums vorher an den Propst Kalisch in Gniewkowo abgesandt worden sei. Diesen Irrthum erklärt der Korrespondent des „Kurver“ dadurch, daß Propst Kolany nicht gewußt habe, wer der Dekan des Dekanats Gniewkowo sei und sich daher am 14. v. M. bei seiner Ankunft an den Propst Kalisch gewendet habe, den er jedoch nicht zu Hause traf. In der ersten Zeit seiner Anwesenheit zu Murzynno fühlte sich Propst Kolany nach dem Bericht des „Kurver“ in Folge des Widerstandes der Bevölkerung ziemlich unglücklich und dachte daran, wieder nach Kleszczewo zurückzukehren. Um sich Rath zu holen, wandte er sich an den Landrath und den Dekan, welchen letzteren er erst nach viermaligem Besuche zu Hause traf. Der Dekan empfing ihn unter dem Vorbehalt, daß er sich Rath suche, und empfahl ihm dann, Murzynno sofort zu verlassen, nach Kleszczewo zurückzugehen und später nach Rom zu reisen, um Buße zu thun. Nach einer ziemlich langen Konferenz erklärte indessen Propst Kolany, daß er Murzynno nicht verlassen werde, doch zeigte er sich bereitwillig, nach Rom zu reisen. Dies erkannte jedoch der Dekan nicht als vollständige Besserung an, „denn wenn auch Propst Kolany, wie er meine, bona fide gesündigt habe, so verharre er durch sein ferneres Dortbleiben mala fide in der Sünde“. Indessen gab Propst Kolany auch den Vorsatz auf, nach Rom zu reisen, erhob am 1. April die Pachtgelder für die Propstei und fand mehrere Anhänger in der Gemeinde. Ein befreundeter Geistlicher borgte ihm einen Kelch zur Abhaltung des Meßopfers, was den „Kurver“ in ganz besondere Aufregung versetzt. Seit dem Grünen Donnerstag hält nun Propst Kolany Gottesdienst ab und predigt in der Kirche zu Murzynno. Auch soll ihm das heilige Salböl durch die Post zugesandt worden sein. Der Korrespondent des „Kurver“ der über diese Vorgänge natürlich eine große Entrüstung ausspricht, sucht den moralischen Werth der Anhänger des Propstes Kolany anzuzweifeln, was bekanntlich ein beliebtes Manöver der Römlinge ist. — Wie man sich erinnern wird, haben eine Anzahl Parochianen von Murzynno an den Oberpräsidenten einen Protest gegen die Einführung des Propstes Kolany abgesandt. Daraufhin erhielten die Parochianen zu Händen des Wirthes Sobociński im Auftrage des Oberpräsidenten eine Antwort von dem Landrathe des Kreises Inowrazlaw Grafen Solms, in welcher ausgeführt wird, daß die Einführung des Propstes Kolany ganz in der Ordnung und vollkommen rechtmäßig gewesen sei. Die Schuld daran, daß er nicht unter Mitwirkung der geistlichen Behörde eingeführt sei, liege an dieser, nicht an der Regierung. Denn durch seinen Widerstand gegen die Staatsgesetze habe der ehemalige Erzbischof seine Absetzung herbeigeführt. Ferner heißt es in dem Schreiben nach der polnischen Version des „Kurver“: „Propst Kolany ist ein Geistlicher und besitzt jede Qualifikation, welche die Kirche und der Staat von einem kath. Geistlichen verlangen. Es ist also falsch, wenn die Petenten behapgten, daß sie sich in ihrem Gewissen beunruhigt fühlen und daß sie den Propst Kolany nicht anzuerkennen vermögen. Die Staatsverfassung garantirt allen Unterthanen Freiheit des religiösen Bekenntnisses, die Ausübung der Religion wird durch die Einführung des Propstes Kolany nicht erschwert, im Gegentheil es wird dadurch der Parochie ein Seelenhirt gegeben, der ihr längere Zeit gefehlt hat.“ Schließlich wird angeführt, daß dem Antrag auf Entfernung des Propstes Kolany aus dem ihm anvertrauten Amte nicht Folge gegeben werden könne.

—B— **Wahl zum Provinziallandtage.** Die Ortswähler der Kreise Posen, Samter und Obornik haben hier am 26. d. Mts. unter dem Vorsitz des vom Oberpräsidenten hierzu ernannten Wahlkommissarius, stellvertretenden Landraths Herrn v. Tempehof, die Wahl eines Provinzial-Landtagsabgeordneten und zweier Stellvertreter vorgenommen. Es wurden gewählt: Herr Hermann Wolffohn aus Neustadt b. P. zum Provinziallandtags-Abgeordneten, Herr Adolph Lubczynski aus Samter zum ersten und Hr. Gottwald aus Schwersenz zum zweiten Stellvertreter. Da die Wählbarkeit von einem zehnjährigen Grundbesitz abhängig ist, was bei Herrn Gottwald nicht zutrifft, so wurde für den Fall, daß der Oberpräsident denselben von diesem Erforderniß nicht dispensirt, der Ackerbürger Hr. Glowinsk aus Obornik an seiner Stelle gewählt. Anwesend waren 14 Ortswähler und zwar 7 Deutsche und 7 Polen. Zwei deutsche Ortswähler fehlten und ist es lediglich dem Zufalle zuzuschreiben, daß die Wahl auf Deutsche fiel, weil nämlich der älteste Ortswähler, welcher bei Stimmengleichheit den Ausschlag giebt, ein Deutscher war.

— **Der verantwortliche Redakteur** des „Dziennik Poznański“ Herr Michałek ist wegen einer Korrespondenz aus Neustadt b. P. über die dort abgehaltene polnische Volksversammlung von der Kriminaldeputation des hiesigen Kreisgerichts auf Grund von § 131 des Str.-G.-B. und § 20 des Preßgesetzes zu 50 M. Geldstrafe eventuell 5 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Der Staatsanwalt hatte eine Geldstrafe von 75 M. beantragt.

— **Polnische Delegirtenwahlen.** Auf einer am 25. d. M. in Tremessen abgehaltenen polnischen Wählerversammlung hatten sich dem „Dziennik“ zufolge nur 23 Wähler eingefunden, welche sich aus Geistlichen und Handwerkern zusammensetzten. Die „Intelligenz“ der Stadt und Umgegend, glänzte durch ihre Abwesenheit. In Folge dessen trug die ultramontane Partei den Sieg davon und wählte zum Delegirten Herrn Rózański aus Padniewo, zum Stellvertreter Herrn Johann Arndt aus Dobieszewice. Dem Delegirten wurde der Auftrag ertheilt, die Autonomie der Kreise zu vertheidigen und für Verminderung der Anzahl der Wahlkandidaten einzutreten. — Am 24. d. M. fand eine polnische Wählerversammlung zu Meseritz unter dem Vorsitz des Herrn Julius Margraf statt. Die Versammlung erklärte sich für das neue Wahlreglement und nahm nur die Resolution an, daß die von dem dortigen Kreiswahlkomite aufgestellten Wahlkandidaten berücksichtigt werden und daß alle Versammlungen in sämmtlichen von der dortigen Landbevölkerung gelesenen Blättern angekündigt werden möchten. Zu Delegirten wählte man Herrn v. Haza-Radlic aus Lewice und zum Stell-Herrn Gladisch.

— **Im kgl. Seminar für Erzieherinnen und Lehrerinnen** hierselbst findet die Aufnahmeprüfung am Montag den 31. Juli d. J. statt.

r. **Diözesan-Konvente.** Für die Diözesankonvente (amtliche Jahresversammlungen der evangelischen Geistlichen) hat das k. Konsistorium folgendes Proponendum bestimmt: Ueber den Ursprung, die Bedeutung und den Zweck der alttestamentlichen Opfer, sowie über die Folgerungen, die sich aus dem Ergebniß dieser Untersuchung für die dogmatische Auffassung des Todes Jesu ergeben.

r. **Pastoralkonferenz.** Die diesjährige posener Pastoralkonferenz wird am 7. und 8. Juni gehalten werden. Gegenstände der Verhandlung werden sein: der Dekalog und die im vorigen Jahre durch den Amerikaner Pearsall Smith hervorgerufene Bewegung.

r. **Im Handwerkerverein** hielt am Montage der Mittelschullehrer Graeter einen Vortrag über die Erziehung der Freiheit. Das Gefühl der Freiheit, so wies Redner nach, ist tief in die Natur aller organischen Wesen eingepflanzt und tritt besonders im deutschen Volke und zwar von den Tagen des Cheruskerfürsten Hermann bis zu dem glorreichen Kriege von 1870—71 recht lebendig hervor. Alle Freiheiten wurzeln in der sittlichen Freiheit: „Thue recht, scheue Niemand!“ Die Erziehung zur sittlichen Freiheit ist eine Erziehung zum sittlichen Gehorsam, zur Ordnung und Gesetzlichkeit, zu ernster Arbeit, zur Mäßigkeit und zur Charaktertüchtigkeit. Eine solche Erziehung müssen wir bei unseren Kindern anstreben, wenn unsere Knaben Männer von gutem Rufe und unsere Mädchen die Freude und der Stolz unseres Vaterlandes werden sollen; dann werden wir auch einst sagen können: „Unsere Kinder sind unser Reichthum und unser Schmuck!“

r **Mit dem chemischen Filter-Respirator** von Lipman u. Co. in Glasgow wurden gestern Abends 5 Uhr in einem Gemach der Mögelin'schen Maschinenfabrik, in welchem andauernd ein dichter stechender Rauch erzeugt wurde, Versuche angestellt. Wir haben neulich diesen Apparat bereits beschrieben; die Luft, welche durch denselben eingeathmet mird, dringt durch mehrere Lagen Watte mit Glyzerin, durch einen Schwamm mit Essig und etwas Knochenkohle, wodurch aller Rauch, Holzessig und die beweglichen Verbrennungsprodukte zurückgehalten werden. Der Feuerwehrmann, welcher mit diesem Respirator versehen, sich gestern in das raucherfüllte Gemach begab, hielt dort 19 Minuten lang aus. Es empfiehlt sich demnach dieser Apparat vorzüglich für Feuerwehrmänner, welche sich bei Bränden in raucherfüllte Räume begeben. Vor dem Galibert'schen Respirator, den auch die hiesige Feuerwache und der Rettungsverein besitzt, zeichnet sich der neue, nach Professor Tyndall von Herrn Lemos konstruirte Apparat dadurch aus, daß der Feuerwehrmann nicht durch einen schwerfälligen Sack auf dem Rücken belastet wird, und daß der Apparat sofort verwendbar ist, während der Galibert'sche Respirator erst mit Luft gefüllt werden muß.

r. **In der Stadtverordnetensitzung** am 26. d. M. waren 20 Mitglieder anwesend; der Magistrat war vertreten durch den Oberbürgermeister Kohleis, den Bürgermeister Herse, und die Stadträthe Bielefeld, v. Chlebowski, Dr. Loppe, Rumy, Stenzel. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, macht der Vorsitzende, Justizrath Pilet, mehrere geschäftliche Mittheilungen. Der Kultusminister hat an den Oberbürgermeister Kohleis in Angelegenheit der Errichtung eines neuen Seminars und eines dritten staatlichen Gymnasiums in Posen einen abschläglichen Bescheid ertheilt. Aus dem Titel XVIII, c des Kämmereikassen-Etats (unvorhergesehene außerordentliche Ausgaben) sind nach Mittheilung des Magistrats im I. Quartal d. J. verausgabt worden 1673 M. Der Oberlehrer Dr. Brieger hat von Halle ein Schreiben an die Versammlung gerichtet, in welchem er sein Ausscheiden aus derselben anzeigt und der Kommune Posen das beste Wohlergehen wünscht. Ueber die Ausführung der von der Versammlung im I. Quartal d. J. gefaßten Beschlüsse hat der Magistrat einen Bericht erstattet. — Der Magistrat war von dem brandenburgischen Städtetage aufgefordert worden, an dem Städtetage zu Berlin am 19. und 20. April d. J. Theil zu nehmen; er hat jedoch beschlossen, eine Beschickung dieser Versammlung zu unterlassen, da die Vertretung des Magistrats auf derselben nur auf Grund bestimmter und umfassender, den Deputirten zu ertheilenden Instruktionen erfolgen könnte, der Magistrat aber bei der über gewisse Hauptpunkte in seinem Kollegium herrschende Meinungsverschiedenheiten die Sache nicht angethan erachte, um auf Grund eines Majoritätsbeschlusses eine Instruktion für seinen Deputirten im Städtetage festzustellen.

Für die i. J. 1875 in städtischen Gebäuden hergestellte Gasrohrlegung sind 807 M. Kosten erwachsen, und wird auf Antrag des Magistrats dieser Betrag bewilligt.

Der Registrator a. D. Beyer hat vor einiger Zeit an den Magistrat ein Schreiben gerichtet, in welchem er auf mehrere der Kommune Posen zustehende Rechte hinweist, und den Magistrat ersucht, diese Rechte geltend zu machen. Zwischen der Wallischei und der Venetianerstraße hat früher an der Dombefestigung ein Verbindungsweg existirt, welcher der Stadt gehörte, und vom Gouvernement durch einen Zaun gesperrt worden ist, so daß das dortige Terrain der Be-

nutzung seitens der Kommune Posen entzogen ist. Der Magistrat hat diese Angelegenheit geprüft, und ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß sich Anrechte auf dieses Terrain nicht mehr werden geltend machen lassen; demnach beantragt er, die Sache für erledigt zu erachten. Ein anderer Antrag des Registrators a. D. Beyer betrifft die Unterhaltung der Brücke auf der Gr. Gerberstraße, ein dritter die Eigenthumsrechte an der Bogdanka. Auch in Betr. dieser Anträge ist der Magistrat zu der Ueberzeugung gelangt, daß sich Rechte nicht werden geltend machen lassen und beantragt gleichfalls, diese Sachen damit für erledigt zu erachten. Rechtsanwalt Mützel, welcher über diese Angelegenheit berichtet, befürwortet, den Magistratsantrag anzunehmen, was seitens der Versammlung auch geschieht.

In Betr. der Aufstellung eines anderen Baukonsens-Tarifes stellt der Posthalter Gerlach folgenden Antrag: „die geehrte Versammlung wolle beschließen, den Magistrat statt des antiquirten Tarifes für Baukonsensgebühren vom 1. April 1816 einen neuen Entwurf fertigen und der Stadtverordnetenversammlung vorlegen zu lassen, in welchem die Gebühren nach dem Quadratmeter-Inhalt der zu bebauenden Fläche eines Grundstücks erhoben werden, und zwar 1) bei Bebauung der Grundfläche mit unbewohnten Gebäuden, 2) bei Bebauung mit Wohngebäuden, 3) bei Reparaturen, Um- und Aufbauten alter Gebäude. Nach Genehmigung durch die Stadtverordneten sei der Entwurf der kgl. Regierung vorzulegen." Nachdem seitens der Versammlung dieser Antrag genügend unterstützt worden ist, und Posthalter Gerlach denselben motivirt hat, beantragt Kommerzienrath B. Jaffe, die Versammlung möge mit Rücksicht auf die Mängel des bisherigen Tarifs für Baukonsens-Gebühren denselben einer Revision unterziehen, und darüber der Versammlung eine Vorlage machen. Dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen, dagegen der weitergehende des Posthalters Gerlach abgelehnt.

In Betr. der tauschweisen Erwerbung des Retablissements-Restgrundstücks St. Martin Nr. 190 191 gegen einen Theil des Kämmereihofes am Kämmereiplatze theilt Maurermeister Hesselbein im Anschluß an das bereits Bekannte mit, daß die kgl. Regierung dem Entwurfe des Tauschvertrages zwischen der Kommune Posen und dem Fiskus, welcher in der letzten Sitzung von der Versammlung angenommen wurde, nicht beigetreten sei; vielmehr beanspruche sie statt der 37 Quadratruthen auf dem Kämmereihofe (zur Errichtung eines Aichamtes) 43, ferner die Gestattung des Anschlusses an die städtische Wasserleitung und des Abflusses in den dortigen Kanal, sowie ferner, daß der Kämmereiplatz hinter den neuen Brodbänken, auf dem gegenwärtig besonders an Markttagen viele Wagen stehen, von Wagen frei gehalten werde. Der Magistrat ist mit diesen Ansprüchen der kgl. Regierung einverstanden, zumal die scheinbare Mehrforderung von Terrain nur auf einem Versehen bei der ersten Festsetzung beruht. Außerdem aber beantragt der Magistrat, die Versammlung möge sich auch mit der Abtretung eines Stückes des städtischen Grundstückes St. Martin 67/68 an die Nachbaren Thiele und Friese gegen Erwerbung eines Stückes ihres Grundstückes St. Martin 65/66 einverstanden erklären, da zur Errichtung eines städtischen Schulgebäudes dieser Tausch sehr vortheilhaft sei. — Nachdem Steuerrath Neukranz und Kaufmann Löwinsohn in dieser Angelegenheit das Wort ergriffen, wird gemäß dem Antrage des Maurermeisters Hesselbein der veränderte Entwurf zum Vertrage der bereits bestehenden Kommission für diese Angelegenheit zur Prüfung überwiesen.

Der Magistrat hat in Betr. des Wallischeibrückenbaus den Antrag gestellt, die Versammlung möge zur Errichtung einer Interimsbrücke während der Bauzeit der neuen Brücke die Summe von 14,000 M. bewilligen. Diese hölzerne Interimsbrücke soll von dem Kommunalgrundstücke am Ende der Büttelstraße nach der Stelle der Wallischei zwischen der alten Brücke und dem Neimann'schen Grundstücke hinüberführen, sie soll zwei Fahrbahnen und zwei Fußgängerpassagen erhalten. Der Bauunternehmer Raimer, welcher den Bau übernommen, hat den Konsens zur Erbauung der Brücke beizubringen, und die Bollwerke (Stirnpfeiler) für dieselben zu schaffen, während die Anschüttung der Zugänge zu der Brücke Sache der Kommune ist. Steuerrath Neukranz, welcher über diese Angelegenheit berichtet, stellt außerdem den Antrag, es möge die Interimsbrücke nicht eher errichtet werden, als bis es definitiv feststehe, daß die neue Wallischeibrücke im Laufe dieses Jahres auch zur Ausführung und Vollendung gelange, da es sonst sich ereignen könne, daß nach Abtragung der alten Wallischeibrücke die schwache Interimsbrücke durch einen etwaigen starken Eisgang weggerissen werde und die Stadt Posen dann gar keine Brücke habe. Nachdem Stadtbaurath Stenzel in dieser Angelegenheit Erklärungen abgegeben, nach denen die Fundirung der neuen Brücke im Juni d. J. wird beginnen können ꝛc., wird der Magistratsantrag angenommen, der Zusatzantrag des Steuerraths Neukranz dagegen abgelehnt.

In die gemischte Kommission behufs Prüfung des bekannten vom Bürgerverein gestellten Antrages auf anderweitige Regulirung der Kommunal-Einkommensteuer werden seitens der Versammlung gewählt: Rechtsanwalt Mützel, Kaufmann Löwinsohn, Kommerzienrath B. Jaffe, Justizrath Tschuschke, Kaufmann Briske.

Ueber das von dem verstorbenen Stadtrath Berger der Stadt Posen vermachte Legat behufs Errichtung einer Alterversorgungs-Anstalt berichtet Kommerzienrath B. Jaffe und verliest dabei diejenigen statutarischen Bestimmungen, für die zu begründende Anstalt, welche wir bereits vor Kurzem mitgetheilt haben. Die Versammlung nimmt einstimmig das Legat an und wählt in den Vorstand der Stiftung, welcher aus dem ersten Bürgermeister der Stadt, einem zweiten Magistratsmitgliede und drei Bürgern der Stadt bestehen soll, den Kommerzienrath B. Jaffe, den Justizrath Pilet und den Rechtsanwalt Mützel. Außerdem spricht die Versammlung den Wunsch aus, der Magistrat möge der Wittwe des Stadtraths Berger den Dank der städtischen Körperschaften für das Legat darbringen. Oberbürgermeister Kohleis erklärt sich hierzu gern bereit.

In die Stadt-Schuldeputation werden an Stelle der mit Ablauf d. J. ausscheidenden Mitglieder Konsistorialrendant Janowicz und Buchhändler Türk und des von hier verzogenen Oberlehrers Dr. Brieger auf 6 Jahre vom Jahre 1877 ab gewählt, resp. wiedergewählt: Buchhändler Türk, Kaufmann Rakowski, Oberlehrer Dr Meffert.

Mit der Einlösung eines Kupons der posener Stadt-Obligation Litt. C. Nr. 133 erklärt sich die Versammlung einverstanden. — Zum Vorsteher für den XVII. Armenbezirk wird an Stelle des bisherigen Vorstehers Kaufmann Kaniewski der bisherige Stellvertr. Kunstgärtner Jorzig und an Stelle dessen der Kaufmann Simon Mamroth gewählt. — Zur Annahme einer neuen Industrie-Lehrerin für die 1. Stadtschule werden 120 Mark bewilligt; außerdem die Remuneration für dieselbe pro II, III und IV. Quartal.

Zur Weiterführung der Quellwasserleitung vom Glacis des Kernwerks werden für dieses Jahr 11.000 M. bewilligt (aus Tit. XVIII c unvorhergesehene außerordentliche Ausgaben des Kämmereikassenetats). Nach Mittheilung des Maurermeisters Hesselbein, welcher über diese Angelegenheit berichtet, sind für diese Quellwasserleitung, eingerechnet den Betrag pro 1876 bis jetzt seit d. J. 1872 im Ganzen 51.335 M. bewilligt worden. — Gegen die definitive Anstellung des Bureau-Diätars Henke sind keine Einwendungen zu erheben.

In Betreff der Legung von Granitplatten auf dem Neustädtischen Markte (von der Friedrichs- nach der Mühlenstraße) ist die zu diesem Behufe gewählte gemischte Kommission zusammengetreten, und schließlich zur Einigung gelangt, so daß damit dieses Streitobjekt zwischen Magistrat und Versammlung beseitigt ist. Kaufmann Peltesohn, welcher über diese Angelegenheit berichtet, erklärt, daß die Versammlung, nachdem sie im Prinzip ihre Rechte gewahrt habe, unter der Voraussetzung, daß in der Folge der Magistrat Granitplattenlegungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen nicht ohne die für diesen speziellen Zweck nachgesuchte und seitens der Versammlung ordnungsmäßig erfolgte Bewilligung der Kosten vornehmen werde, ihren Widerspruch gegen die Legung der Granitplatten an der Südseite des Neustädtischen Marktes fallen lasse.

Zur Einrichtung der Schulräume im Alumnatsgebäude auf der Gr. Gerberstraße, deren Benutzung für städtische Schulzwecke auf ein Jahr genehmigt worden ist, werden 1612 Mark bewilligt.

§ **Diebstähle.** Ein angeblicher Brauer von außerhalb versuchte gestern, einen Regenschirm zu verkaufen. Das Benehmen des Verkäufers fiel einem Schuhmachergesellen auf und er befragte ihn, auf welche Weise er in den Besitz des Schirms gelangt sei. Da sich der Befragte über den redlichen Erwerb nicht ausweisen konnte, wurde ein Schutzmann herbeigerufen, der ihn verhaftete. Der angebliche Brauer will den Schirm auf einer Bank am Wilhelmsplatz gefunden haben. — Verhaftet wurde gestern ein Uhrmacherlehrling, welcher bei einem hiesigen Uhrmacher ein Zifferblatt verkaufen wollte. Bei der Revision des Verhafteten wurden noch verschiedene Uhrentheile, namentlich eine silberne Uhrkapsel, drei Uhrfedern und andere Kleinigkeiten vorgefunden und ihm abgenommen. — In der vergangenen Nacht wurde aus dem Ochsenstalle des Dominiums Radojewo ein schwarzbunter Ochse gestohlen. Die Spur des Diebes leitet nach Posen.

— **Personalveränderungen in der Armee.** Fahland, Oberst-Lt. vom Stabe des Ingen. Corps und Ingen. vom Platz in Rastatt, unter Entbindung von dieser Stellung, zur Vertretung eines erkrankten Abtheil. Chefs im Ingen. Komite kommandirt. v. Normann, Hauptm. und Komp. Chef im 3. Niederschles. Inf. Regt. Nr. 50, unter Stellung à la suite dieses Regts., dem Militär-Knaben-Erziehungs-Institut zu Annaburg überwiesen. Lampel, Pr. Lt. vom 3. Niederschles. Inf. Regt. Nr. 50, unter Entbindung von seinem Kommdo. zum großen Gen. Stabe, zum Hauptm. und Komp. Chef befördert. Testa, Pr. Lt. vom 5. Brandenburg. Inf. Regt. Nr. 48, unter Entbindung von dem Kommdo. als Adjut. der 62. Inf. Brig., als ältester Pr. Lt. in das 3. Niederschles. Inf. Regt. Nr. 50 versetzt. Hildebrandt, Prem. Lt. vom Niederschles. Feld-Artillerie-Regt. Nr. 5, als Hauptm. mit Pension nebst Aussicht auf Anstellung in der Gendarmerie und der Armee-Uniform der Abschied bewilligt. Teubel, Major vom Nass. Feld-Art. Regt. Nr. 27, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches, als Oberst mit Pension und seiner bisherigen Uniform zur Disp. gestellt. Ilgner, Oberst-Lt. vom Stabe des Ingen. Corps, mit Pension nebst Aussicht auf Anstellung im Zivildienst und seiner bisherigen Uniform der Abschied bewilligt. Kalau v. Hofe, Oberst u. Kommdr. des Ostpreuß. Train-Bats. Nr. 1, mit Pension und der Uniform des Ulan. Regts. Kaiser Alexander von Rußland (1. Brandenburg.) Nr. 3, der Abschied bewilligt. Vogel, Oberst-Lt. a. D., zuletzt im 3. Ostpreuß. Gren.-Regt. Nr. 4, mit seiner Pension und der Uniform des gedachten Regts. zur Disp. gestellt. Dr. Struck, Ober-Stabsarzt 2. Kl. und Regts. Arzt vom Kaiser Franz Garde-Gren. Regt. Nr. 2, behufs Uebertritt in den Zivildienst des Deutschen Reiches aus dem aktiven Sanitätscorps ausgeschieden, und gleichzeitig, unter Verleihung des Charakters als Ober-Stabsarzt 1. Kl. à la suite des Sanitätscorps gestellt.

z **Schwerin a./W.**, 26. April. [Feuer.] Heute gegen 11 Uhr Vormittag brach in einer Scheune des kgl. Dominiums Althöfchen Feuer aus. Die Scheune brannte mit einem kleinen Stall und der Brennerei nieder, indeß sind die Apparate aus der letzteren gerettet worden. Besonders ist es der schweriner Spritze zu verdanken, daß das Schloß erhalten wurde. Ueber die Entstehung des Feuers ist bis jetzt noch nichts bekannt geworden.

× **Wreschen**, 25. April. [Trichinen. Gartenanlage. Verhängnißvoller Druckfehler. Gewitter. Wachsthum. Alter- und befestigter Grundbesitz.] Abermals hat der hiesige Fleischbeschauer Melter und zwar in vier Schweinen Trichinen gefunden; da die betreffenden Fleischer sich zuvor gegen derartigen Schaden versichert hatten, so wird derselbe nur die Versicherungsgesellschaft treffen. — Unser Bahnhof erhält gegenwärtig eine Verzierung, welche den Aufenthalt auf demselben im Sommer wenigstens angenehmer machen wird, als dies früher der Fall gewesen. Ein, wenn auch kleiner, doch zweckmäßig angelegter Garten bietet mit Erlaubniß des Stations-Vorstehers einen freundlichen Ruhepunkt für das den Bahnhof besuchende Publikum und dem Restaurateur günstige Aussichten. — Die Promenaden-Anlagen unserer Stadt sind neuerdings unter Androhung einer Geldstrafe von 1 bis 5 Thlr., event. verhängniß-(verhält-)mäßiger Gefängnißstrafe für Zuwiderhandlungen gegen die Promenaden-Ordnung dem allgemeinen Schutz und der Schonung empfohlen. Mächte das Verhängniß recht bald die zahlreichen Hühner treffen, welche sich an das Reglement nicht kehren wollen! — In der Nacht vom 24. zum 25. d. M. überraschte uns ein starkes Gewitter, das zweite in diesem Jahr. In Gärten und Feldern regt sich überall ein gedeihliches Wachsthum. — Zu den Personen, welche sich in unserm Kreise im mindestens 50jährigen Besitz von Rittergütern befinden und dadurch die Berechtigung erhalten, an der Wahl eines Vertreters des alten Grundbesitzes zum Herrenhause mitzuwirken, gehören: 1. v. Broniß auf Bieganowo, 2. v. Skorzewski auf Kretkow, 3. v. Hulewicz auf Młodziejewice, 4. v. Broniß auf Otoczno, 5. Graf von Czarnecki auf Raszewy, 6. königl. Kammerherr v. Gorzenski-Ostrorog auf Smielowo und 7. Graf von Poninski zu Wreschen.

⊙ **Wreschen**, 26. April. [Abschied des Landraths Feige. Simultanschule. Höhere Töchterschule.] In der letzten Nummer des Kreisblattes nimmt Herr Regierungsrath Feige, unser bisheriger Landrath, von den Kreis- und Kommunal-Behörden, von Staats- und Zivilbeamten, sowie von den Kreisinsassen überhaupt in herzlicher Weise Abschied. Als sein Nachfolger wird der Regierungs-Assessor von Seidlitz in Posen genannt. Bis zu dessen Amtsantritt ist dem Kreis-Sekretär Herrn Schultz die Verwaltung des Landrathsamtes übertragen worden. — Am 25. d. M. wurde der erste Lehrer der Simultanschule, Herr Giese, im Beisein des Schulvorstandes von dem Kreis-Schulinspektor Dr. Hippauf in sein Amt eingeführt. An demselben Tage fand auch die Einführung der ersten Lehrerin der höheren Töchterschule, Fräulein Hahn, durch den Kreisschulinspektor statt. Noch bedürfen wir einer Elementarlehrerin für diese Anstalt, welche sich eines nicht unbedeutenden Zuwachses an Schülerinnen erfreut.

Bromberg, 26. April. [Gewerbebank. Haussuchung.] Auf der Tagesordnung der gestern im Saale der Ressource abgehaltenen Generalversammlung der hiesigen Gewerbebank stand u. a. die Wahl eines Vorstandsmitgliedes. Es wurde mit absoluter Stimmenmehrheit Rentier Esser von hier gewählt. Wegen eines Formfehlers kann diese Wahl jedoch nicht aufrecht erhalten werden und findet am nächsten Freitag eine nochmalige Wahl statt. — Bei dem Schuhmacher Bogs, dem Führer der hiesigen Sozial-Demokraten, hat gestern eine polizeiliche Haussuchung stattgefunden. Es wurden mehrere bei demselben gefundene social-demokratische Zeitschriften und einige Korrespondenzen mit Beschlag belegt. (B. Z.)

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Berlin**, 26. April. Die „Nordd. Allg. Z." schreibt: Der an sich höchst bedauerliche Rückgang in den Kursen aller österreichischen Effekten, für welche das deutsche Kapital jederzeit eine besondere Vorliebe besessen hat, giebt der Mehrzahl der wiener Blätter Veranlassung, sich eingehend mit den Ursachen der eingetretenen Deroute zu beschäftigen. Leider scheint die Verstimmung über diese Vorgänge den klaren Blick und die Objektivität des Urtheils bei unseren wiener Kollegen stark beeinträchtigt zu haben. In geradezu kleinlicher und der Bedeutung der Angelegenheit wenig angemessener Weise bemüht sich ein Theil der wiener Blätter, die berliner Börse und deren Baisseoperationen für das Unheil ausschließlich verantwortlich zu machen, und verräth damit ihre auffallende Unkenntniß oder absichtliche Ignorirung der thatsächlichen Verhältnisse. Wir empfehlen den von moralischer Entrüstung überfließenden Organen, ihre Aufmerksamkeit der wiener Börse zuzuwenden; sie werden sich dabei überzeugen, daß nicht Berlin, sondern Wien der Herd jener destruktiven Tendenzen ist, daß die wiener Börse die bedeutendsten Baisseoperationen in österreichischen Staatspapieren mit ihrem Patriotismus für sehr wohl vereinbar hält und daß die berliner Börse nur dem gegebenen Beispiel folgt, wenn sie täglich Zeuge ist, wie für Rechnung wiener Häuser umfangreiche Blankoverkäufe in österreichischen Werthen an der berliner Börse ausgeführt werden, wie die wiener Kontremine in Berlin das „Firen" besorgt, für das ihr in Wien doch wohl der Muth fehlt. Wenn namentlich aus dem Verhalten der berliner Börse seitens der wiener Blätter politisches Kapital zu schlagen versucht wird, so kann solchen ebenso unbegründeten als unverständigen Hetzereien nicht scharf genug entgegengetreten werden.

**** Gründerprozeß.** Vor dem kölner Zuchtpolizeigericht begann am 25. d. M. die Verhandlung gegen den Direktor der Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Humboldt", Martin Neuerburg, unter der Anklage auf „Untreue" verhandelt. Der Andrang von Seiten des Publikums, namentlich aus den besser situirten Ständen, war sehr erheblich. Ueber den Verlauf des Prozesses werden wir nach Schluß desselben berichten.

** **Wien**, 26. April. Wochenausweis der österreichischen Nationalbank.*)

Notenumlauf	276,912,290	Zunahme	375,420 Fl.
Metallschatz	136,597,174	Zunahme	580 "
In Metall zahlbare Wechsel	11,119,254	Abnahme	72,558 "
Staatsnoten, die der Bank gehören	1,703,873	Abnahme	663,612 "
Wechsel	101,526,755	Zunahme	2,011,441 "
Lombard	29,906,700	Zunahme	39,900 "
Eingelöste und börsenmäßig angekaufte Pfandbriefe	4,438,600	Abnahme	51,400 "

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 19. April.

** **Wien**, 26. April. Die Einnahmen der franz.-österr. Staatsbahn betrugen am 22. und 23. April 139,164 Fl.

** **Wien**, 26. April. Die böhmische Nordbahn wird, wie die „Presse" meldet, ihren Aktiencoupon mit 3 Fl. einlösen. Der Reingewinn ist größer, wie im vorigen Jahre, aber die Einlösung der Prioritätencoupons in Gold und die Ausgabe für Bessemerschienen haben auch einen größeren Aufwand als im vorigen Jahre veranlaßt. — Nach dem nunmehr vorliegenden Rechnungsabschluß der Lemberg-Czernowitzer Bahn beträgt die Totaleinnahme von den österreichischen Linien 2,763,147 Fl., die Betriebsausgaben belaufen sich auf 2,153,787 Fl., der Betriebsüberschuß ergiebt 609,360 Fl., mithin 565,010 Fl. weniger, als im vorigen Jahre. Die Staatsgarantie wird mit 1,611,359 Fl. in Anspruch genommen. — Bei den rumänischen Linien betragen die Betriebseinnahmen 2,915,886 Frcs., mithin 74,698 Frcs. weniger als im vorigen Jahre, die Betriebsausgaben 2,706,029 Frcs., mithin 372,333 Frcs. mehr als im vorigen Jahre, der Betriebsüberschuß besteht in 209,856 Frcs., mithin 447,031 Frcs. weniger als im vorigen Jahre. Für die rumänischen Linien wird die Staatsgarantie mit 3,655,827 Frcs. in Anspruch genommen.

Rumänische Finanzen. Gegenüber den pessimistischen Ansichten zu denen der Rückgang der rumänischen Fonds Veranlassung gegeben hat, hebt der „B. B. C." hervor, in wie pünktlicher Weise die rumänische Regierung ihren Verpflichtungen genügt. Nach den neuesten Mittheilungen läßt die Regierung die am 5. Mai fälligen Zinsen der Ruralbons) Grundentlastungs-Obligationen) bereits seit dem 24. d. M. bezahlen. Die Entwerthung der rumänischen Fonds, schreibt der „B. B. C." scheint auf Manöver der rumänischen Opposition zurückzuführen; wenigstens bringt ein bukarester Organ der letzteren (Romanul) bereits in seiner Nummer vom 8. April die bestimmte Nachricht, es werde in Folge der Ernennung des neuen Ministeriums eine solche Bewegung an den deutschen Börsen eintreten. Die Thatsache ist jedenfalls bemerkenswerth, daß die 8proc. Anleihe gestern 5 pCt., heute aber 13 pCt. höher bezahlt wurde, und jetzt also wieder mit 99 pCt. bezahlt wird.

Vermischtes.

* **Das Gedicht** „Der Oberrhein", welches dem Kaiser Wilhelm von Deutschland zugeschrieben wird, von der „Köln. Ztg." aber neulich wiederholt auf seinen richtigen Ursprung zurückgeführt worden ist, scheint nun auch zur Kenntniß Sr. Majestät gelangt zu sein. Der „Rheinische Kurier" in Wiesbaden hat aus sicherster Quelle erfahren, daß jenes Gedicht nicht vom Kaiser herrühre, und fügt ausdrücklich hinzu, „es werde gewünscht, daß hierüber auch nicht der leiseste Zweifel bestehen bleibe".

* **Das Carl Stangen'sche Reisebüreau** in Berlin (Markgrafenstraße 43) veranstaltet außer der am 27. Mai c. beginnenden Gesellschaftsreise nach Nordamerika noch eine Exkursion nach Paris, welche am 18. Mai angetreten werden soll, und für welche zwölf Tage in Aussicht genommen sind. Für beide Gesellschaftsreisen, deren Programme uns vorliegen, sind bereits Anmeldungen in solcher Zahl eingegangen, daß deren Zustandekommen als gesichert zu betrachten ist. Prospekte giebt das obengenannte Reisebüreau gratis aus.

* **Schwedt a. O.** Der letzte Offizier der sogenanten Todtenkopfhusaren, welche sich namentlich im Feldzuge 1807 Ruhm erwarben, General der Kavallerie v. Corel ist hier vor Kurzem gestorben. Für die Theilnahme an der Vernichtung eines französischen Carrés in der Schlacht bei Heilsberg erhielt er als 18jähriger Kornet den Orden pour le mérite

* **In Frankfurt a. M.**, erregt augenblicklich der Selbstmord des größten dortigen Brauereibesitzers, Schwager, großes Aufsehen. „Mit Blitzeseile — so wird von dort geschrieben — durcheilte die Kunde die Stadt: Herr W. Schwager, einer der größten Brauer Frankfurts und Deutschlands hat durch Oeffnen der Pulsader und hierauf durch einen Sturz in den Schacht seinem Leben ein Ende gemacht. Die Gründe, welche den allgemein beliebten Mann, der eine Reihe von Jahren Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung war, und mit eisernem Fleiß die Hebung und Ausdehnung seines großartigen auf dem Röderberg liegenden Etablissements ausstrebte, zu der unseligen That bestimmten, sind noch unbekannt. Allgemein ist das Bedauern. Die Stadt hat einen ihrer ersten Industriellen verloren. Herr Schwager war etwa 40 Jahre alt. Ueber den Eindruck, den dieser Vorfall in Frankfurt hervorgerufen hat, schreibt der „B. B.-C." Folgendes: In frankfurter Geschäftskreisen sind in Folge dieses Vorfalles vielfache Gerüchte über Betheiligung dortiger und auswärtiger Institute laut geworden, auf die wir nicht näher eingehen wollen. Nur kann konstatirt werden, daß die u. A. als betheiligt genannte Mitteldeutsche Kreditbank niemals mit Schwager in Verbindung gestanden hat, daß der Verblichene am frankfurter Platze in Kontokorrent-Verbindung überhaupt nur mit einer kleineren Bank, sowie mit der Gewerbekasse stand, von denen die erstere durch gute Effekten mehr als überdeckt für ihre Forderung ist. Eine auswärtige Grundkreditbank soll dagegen nicht ohne Verlust bleiben.

* **Trier**, 24. April. [Glückliche Gewinner.] Fortuna war, nach der „Tr. Ztg.", bei der am vergangenen Sonnabend in Berlin stattgehabten Lotterie-Ziehung mehreren Bürgern unserer Stadt recht günstig. Drei Viertel des Gewinnes von 100,000 Thalern fielen nämlich hierher an Wittwe H., einen Fuhrmann D., einen Tuchmacher B. und Andere; ein Viertel soll nach Bitburg kommen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 27. April. Wie der „Reichsanzeiger" meldet, erfolgt Delbrück's Entlassung erst am 1. Juli.

Berlin, 27. April. Der hessische Ministerpräsident Hoffmann wird in unterrichteten Kreisen als Nachfolger Delbrück's bezeichnet. Auch die „Nordd. Allg. Ztg." nimmt davon Notiz.

Berlin, 27. April. Das Abgeordnetenhaus erledigte die erste Berathung der Reichseisenbahnvorlage, lehnte die Kommissions-Berathung ab und beschloß eine zweite Lesung im Plenum. Im Laufe der Debatte trat der Handelsminister für die Vorlage ein: die einheitliche Leitung der Bahnen bezwecke die erweiterte Aufsicht des Staates. Camphausen betonte, daß das Staatsministerium die Vorlage einstimmig beschlossen habe, daß die Bahnen den öffentlichen und nicht blos finanziellen Interessen dienen müßten und daß die Frage, ob das Reich das Angebot annehme vor den Bundesrath und den Reichstag gehöre. Er wünsche allseitig eine bundesfreundliche Prüfung der schwierigen Frage, dann werde man mit den Bundesgenossen nicht in Krieg, sondern in den Zustand eines befestigten Friedens gelangen. (Lebhafter Beifall.)

Potsdam, 27. April. Die hiesige Disziplinar-Kammer erkannte in der Disziplinaruntersuchung gegen den Grafen Harry Arnim auf Dienstentlassung und Kostentragung.

Wien, 27. April. Dem Vernehmen nach suchte Ministerpräsident Tisza gestern erneut seine Demission nach, die der Kaiser jedoch verweigerte. Die Verhandlungen der Ministerien dürften noch länger dauern.

Die Nr. 280 der Pos. Zeitung vom 22. d. M. enthält eine Erwähnung des bekannten ehemaligen Vikar Bąk aus Xions gelegentlich frischer Mittheilungen des Xionser Korrespondenten in dem polnischen Kaplansblatt „Kur. Poznanski." Diesen Mittheilungen des tendenziös boshaften Berichterstatters fühle ich mich wieder veranlaßt mit Wahrheit entgegenzutreten. Der seit 1¼ Jahren ausgewiesene geistliche Ruhestörer kehrte in aller Stille und fast inkognito nach Xions zurück, nachdem er bereits an drei Osterfeiertagen in der Kirche zu Emchen gesetzwidrig und strafbar wiederum amtirt hatte. Die sich daraus ergebenden gesetzlichen Folgen werden nicht ausbleiben. In Xions stellte sich der Vikar Bąk dem Herrn Bürgermeister vor mit der Erklärung, daß er sich hierselbst niederlasse. Es wurde ihm von der gedachten Stadtbehörde hierauf bedeutet, sich von allen unzulässigen kirchlichen Amtshandlungen fern zu halten, widrigenfalls gegen ihn gesetzlich vorgegangen werde. Der Herr Bąk meinte, sein Amtiren in Xions hänge von seiner kirchlichen Ober-Behörde ab, nannte diese letztere aber nicht. Soweit ich es erfahren habe u. der Kuryer ebenfalls berichtet, gedenkt dieser überspannte Vikar in seiner Wohnung und außerhalb derselben geistliche pfarramtliche Funktionen zu verrichten. Demgemäß erachte ich für meine Pflicht, dem Kuryer u. der Vikar von vornherein hiermit zu eröffnen, daß nur ich allein der rechtmäßige Propst von Xions bin und einen anderen Geistlichen, der sich in meiner Pfarrgemeinde als Pfarrer ausgeben wollte, neben mir nicht einen Augenblick dulden werde. Der Geistliche Bąk hat durch sein offenes feindliches und gefährdendes Verhalten mir und der Staatsregierung gegenüber, durch seine offenen unzähligen Thaten noch vor seiner ersten Ausweisung die Stellung als Vikar in Xions aufgegeben. Das Verhältniß eines Vikars zum Propste ist einem Jeden hinreichend bekannt. Dem Geistlichen Bąk bringe ich in Erinnerung, was er bei meiner amtlichen Einführung zu dem Kirchen-Patron und dem kgl. Kommissar in Bezug auf meine Stellung geäußert hatte und wie er in Folge der innegehaltenen Renitenz von Xions aus an die unbesetzte Kirche und Pfarre in Włościejewki ohne Wissen und Erlaubniß des Propstes und der Ober-Aufsichtsbehörde übersiedelte und daselbst rechtswidrig bis zu seiner Verhaftung und Ausweisung fungirte. Die Alternative bleibt nun für den ehemaligen Vikar entweder sich vollständig in Allem ruhig zu betragen und mit dem Propste in amtliche Verbindung zu setzen, eventuell für das Wohl und Heil des Staates und der Kirche gemeinsam und friedlich zu wirken, oder auch die schnellste definitive Ausweisung und Amtsentsetzung zu gewärtigen. Ich würde dem Herrn Bąk brüderlich rathen, das Erste ohne Bedenken und Zögern zu wählen und zu befolgen. Eine Kirchen-Behörde unter den bekanntlich obwaltenden kirchlichen Verhältnissen in der Provinz ist in jeder Pfarrgemeinde der Pfarrer selbst, — mithin bin ich es auch in Xions für meine Eingepfarrten und in der Folgerung selbstverständlich für den Geistlichen Bąk aus dem einfachen Grunde, daß er ein Katholik und am Residenzorte meines Pfarrsprengels sich niedergelassen hat. Wollte etwa der gewesene Vikar den Austritt aus der katholischen Religionsgesellschaft in der Pfarrgemeinde Xions gesetzlich für sich auswirken, alsdann müßte und würde ich auch gesetzlich davon in Kenntniß gesetzt werden. So lange letzteres nicht geschehen, werde ich den genannten Vikar Bąk als meinen Eingepfarrten von Amtswegen und hirtlich betrachten, über sein weiteres Verhalten mich erkundigen und höherenorts berichten. Ich glaube aber, es wird dem giftspeienden Ungestüm des Geistlichen Bąk noch eher als er es erwartet vorgebeugt werden. Eine Kirchen-Oberbehörde, auf die sich Herr Bąk beruft, kenne ich in den Diözesen Gnesen-Posen seit Absetzung des vormaligen Erzbischofs Ledochowski überhaupt nicht und einen geheimen kirchlichen Maulwurf lasse ich nicht die Erde in Xions ungestört und ungestraft auswerfen. Wenn er wird irgendwo gesehen sein, wird gleich gestochen werden.

Die Lage des Xionser Korrespondenten und der Eingepfarrten ist in der Wirklichkeit eine sehr traurige und beklagenswerthe, indem nicht, wie der Korrespondent meint, das Gewissen, sondern die grenzenlose Dummheit und Beschränktheit der armen bethörten Leute verbietet, die Schwelle des Heiligthums in Xions zu betreten. Ja — es werden sogar laut Kanzelweisungen des geistlichen unüberlegenden Fanatikers die Pferde- und Viehställe höher und heiliger gehalten, als das gewählte und mit bischöflichen Händen und Gebeten geweihte katholische Gotteshaus in Xions. Die Weisungen und Anordnungen der lügnerischen Kanzelpropheten Rzeźniewski und Bąk, müssen auf das Pünktlichste erfüllt werden, wenn nicht, dann gehen alle Uebertreter der aufgeworfenen Kanzelparagraphen sofort und gar noch lebendig in die Hölle.

Eine Lüge berichtet der Korrespond. des Kaplansblatts „Kuryer" mit den Worten, daß „sie mit Thränen in den Augen an der Kirche vorübergehen müssen." Während meines fast zweijährigen Hierseins und ebenso langen Unsinnes des Pfarrvolkes in Xions konnte ich wahrhaftig bei der strengsten Beobachtung und Aufmerksamkeit eine derartige äußerliche Rührung — nicht einmal das kleinste Zeichen einer solchen innerlichen Rührung — bei den hiesigen Katholiken bemerken. Im Gegentheil muß ich zu meinem tiefsten und schmerzlichsten Bedauern sehen und fühlen, wie meine katholischen Pfarrkinder in fremde Nachbarkirchen ziehend, oder aus denselben zurückkehrend, mit allen möglichen, höchst anstandslosen Freuden und förmlichem Jubeln mich, das Gotteshaus, die Andachten und die ganze lebendige und todte Umgebung auf das Beästigendste und Unchristlichste laut verhöhnen, verspotten, anspeien und Zungen ausstreckend auslachen. Es scheint darin ihr religiöses, tugendhaftes Leben und ihr religiöser Glaubenssieg und Triumph über meine so vermeintliche Niederlage zu bestehen, darin auch die barmherzigen Früchte der geistlichen Speise sich zu bergen, welche ihnen die übereifrigen Hetzkapläne und Nachbarhirten — wahre Pharisäer — auf den kirchlichen Eßtisch vorsetzen. Gütiger Gott! erbarme dich solcher schandvollen Werke und des so schandvoll und unverzeihlich irre geführten Volkes!

Nicht weniger lügenhaft sind die Berichte des Korrespondenten des Kaplansblatts „Kuryer" in Betr. der Zahl meiner Pfarrgemeinde. Wollte der Berichterstatter genau die Zahl der Mitglieder meiner Pfarrgemeinde angeben, so hätte er schreiben sollen, was auch gleichfalls dem Kuryer bekannt sein muß, daß meine Pfarrgemeinde Xions 3333 Seelen zählt. Diejenigen aber, welche die Kirchenandachten in Xions an allen Sonn- und Festtagen besuchen, zählen 8 Personen. Dann und wann kommen auch andere katholische Gläubiger aus meiner Pfarrgemeinde zu Andachten. Und würden die willigen Besucher der Kirche in Xions durch das sofortige teuflische Fluchen und rastlose Verfolgen von Seiten der städtischen Katholiken nicht beunruhigt, der Kirchenbesuch würde erfreulicher und steigend vorgehen.

Was den erfolgten Tod meines Vaters betrifft, bitte den schamlosen Korrespondenten des Blattes ergebenst, den Verblichenen, der Niemandem in seinem langen Leben zu nahe getreten war, in aller gewünschten Ruhe zu lassen, Gott der Schöpfer hat seinem 78. Lebensjahre am 7. Februar d. J. das irdische Ende gesetzt und füge ich mich in die göttliche Verfügung geduldig und ergeben. Den weisen fühlbaren Finger Gottes erwarte aber der Xionser Korrespondent mit seinem Kaplan!

Schließlich spreche ich die offene Bitte aus, für den Xionser Korrespondenten des Kaplanblatts, das böswillige Bubenspiel mir, seinem Probste gegenüber, einzustellen und bei Berichten wichtiger Interessen sich zu unterzeichnen, wie ich es thue, damit ich wisse, wie und wem ich entgegen komme.

Kubeczak,
Xions, 24. April. Propst.

Carl Hennig's **Musik-Institut**, Friedrichsstraße **20**, **1** Etage. — Lehrfächer: **Clavier** und **Gesang.** — Neue Curse beginnen am **1** Mai.

Interessenten für Portland-Cement, nächst Kohlen und Eisen einer der bedeutendsten Produktions-Artikel Oberschlesiens, machen wir aufmerksam auf eine, in dem Inseratentheil unserer heutigen Nummer enthaltene Bekanntmachung der Schlesischen Aktien-Gesellschaft für Portland-Cement-Fabrikation zu Groschowitz bei Oppeln, welche insofern etwas Neues bietet, als genannte Gesellschaft die erste Portland-Cement-Fabrik Schlesiens ist, welche die Festigkeit ihres Fabrikates in konkreten Zahlen garantirt und damit auch bei uns Bahn zu brechen beginnt für eine einheitliche, an bestimmte Norm geknüpfte, Beurtheilung dieses wichtigen Konsumtionsartikels, der in England, seinem Heimathslande, schon seit langer Zeit nur nach der von ihm in einer bestimmten Zeit erreichten Festigkeit bewerthet und bezahlt wird.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Lassek Nr. 11** belegene, den Schachtmeister **Carl** und **Dorothea**, geb Appler **Rößler**'schen Eheleuten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 14 Hektaren 30 Aren 60 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 122 M. 16 Pf und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 75 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Sonnabend, den 10. Juni c. J.,
Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des hiesigen Königl. Kreis-Gerichts, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 11. April 1876.

Königliches Kreisgericht.
Der Subhastations-Richter.
Keyl.

Nothwendiger Verkauf

Das in der Ortschaft **Pulwica**, Schrodaer Kreises unter Nr. 6 belegene, im Hypothekenbuche der genannten Ortschaft Vol. 39 Pag. 225 seqq. eingetragene, den **Joseph** und **Catharina Kauczka**'schen Eheleuten gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen der Genannten berichtigt steht, und welches mit einem Flächeninhalte von 12 Hektaren 31 Aren 20 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 68 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 60 Mark veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhastation

den 26. Juni d. J.,
Nachmittags 4 Uhr,

im Lokale der Wittwe Heiniger zu Santomysl versteigert werden.

Schroda, den 11. April 1876.

Königl. Kreis-Gericht.
Der Subhastations-Richter.

Bekanntmachung.

Die Lehrerstelle an der hiesigen jüdischen Elementarschule ist sofort zu besetzen; mit derselben ist ein Gehalt von 800 Mark neben freier Wohnung und Feuerung, sowie eine Remuneration von 60 Mark für Ertheilung des Religions Unterrichts an arme Kinder verbunden. Reflektanten, welche außerdem auf ein Nebeneinkommen von 400 bis 500 M. durch Ertheilung von Privat Unterricht rechnen können, wollen ihre Meldungen schleunigst, spätestens aber bis zum 15. Mai c. an den königlichen Lokal-Schulinspektor Hrn. Rabbiner Dr. Jaffé hierselbst einreichen.

Kurnik, den 24. April 1876.

Der jüdische Schulvorstand.

Am 1. Mai c. tritt ein gemeinschaftlicher Tarif für Façoneisen, Eisenbleche, Eisenbahnschienen, Stahl, grobe Eisenguß- und Eisenwaaren im Verkehr der Station Tarnowitz transito nach Posen via Creuzburg in Kraft.

Breslau und Posen, den 26. April 1876.

Die Direktion
der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft.

Die Direktion
der Posen-Creuzburger Eisenbahn-Gesellschaft

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Ortschaft **Orzeszkowo**, Schrodaer Kreises unter Nr. 7 belegene, im Hypothekenbuche der genannten Ortschaft Vol. 34 Pag. 97 seqq. eingetragene, den **Joseph** und **Josepha Banaszak**'schen Eheleuten gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen der Genannten berichtigt steht, und welches mit einem Flächeninhalte von 5 Hektaren 67 Aren 80 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 25,66 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 45 Mark veranlagt ist, soll im Wege der **nothwendigen Subhastation**

den 21. Juni d. J.,
Vormittags um 10 Uhr,

im Lokale des unterzeichneten Königlichen Kreis-Gerichts versteigert werden.

Schroda, den 11. April 1876.

Königliches Kreis-Gericht.
Der Subhastations-Richter.

Bei der hiesigen ev. Kirche wird v. 1. Juli c. ab ein Kantorposten mit 900 Mk. jahrlichem Gehalt eingerichtet. Meldungen nimmt bis zum 15. Mai der Unterzeichnete entgegen Kenntniß der poln. Sprache wünschenswerth.

Kempen, den 26. April 1876.

Than, Pastor.

An der hiesigen Töchterschule ist die Stelle einer geprüften

Elementarlehrerin,

welche zugleich auch den weiblichen Handarbeits-Unterricht zu ertheilen hat, mit einem Gehalt von 750 Mark sofort zu besetzen. Bewerberinnen wollen ihre Gesuche unter Beifügung der Zeugnisse nebst Lebenslauf an den Unterzeichneten senden.

Wreschen, den 26. April 1876.

Dr. Hippauf,
Königl. Kreis-Schul Inspektor.

Posen-Creuzburger Eisenbahn.

Am 1. Mai c. tritt zu unserem Lokaltarif ein Nachtrag V. mit Ermäßigungen für Eisen und Eisenwaaren und Bestimmungen über Rollfuhrwesen in Kraft.

Posen, den 26. April 1876.

Die Direktion.

Eine rentable

Schank- u Gastwirthschaft

in einer Provinzialstadt ist von sofort unt. günst. Beding. z. verk. oder auch z. verpachten. Näheres **M. R.** der Exped. dieser Zeitung.

Am 2. Mai cr. wird das unweit der Neuen Straße belegene **Franz Karczewski**'sche Grundstück Waisenstraße 8, zu welchem noch ein angrenzender Bauplatz gehört, in nothwendiger Subhastation verkauft

Mein Hausgrundstück,

Graben Nr. 14, nebst Garten und einem am Wasser belegenem großen Platze, der seit langen Jahren zum Betriebe eines Holzgeschäftes benutzt wurde, ist umzugshalber unter **günstigen** Bedingungen zu verkaufen.

Julius Jaffé.
Wasserstr. 15.

Verpachtung.

Mein dicht bei der Stadt Rogasen belegenes Vorwerk, bestehend aus 491 Morgen Areal, ausschließlich 55 Mrg. Wiesen, beabsichtige ich auf neun Jahre vom 1. Juli 1876 bis zum 1. Juli 1885 zu verpachten. Die Gebäude sind in gut. Zustande massiv Nähere Bedingungen ertheile ich in meinem Hause und bemerke, daß in Rogasen sich ein Gymnasium und eine höhere Töchterschule befindet.

Dr. Cichocki.

In einer Provinzialstadt ist ein altes blühendes

Colonialwaaren- u. Eisen-Geschäft mit Destillation

zu verkaufen.

Näheres zu erfahren bei Herrn **M. Laboschin**, Gnesen.

Gasthof-Verkauf

worin 10 Stuben, 2 Keller, 1 Morgen Garten am Hause mit guten Obstbäumen, 2 Hofräumen, Stallung, 3 Häuser vom Markte entfernt, an der Chaussee nach Breslau gelegen, zur Fleischerei, Bäckerei u. Destillation sich eignend, ist bei weniger Anzahlung billig zu verkaufen. Das Nähere ist zu erfragen bei

Franz Arendt,
Fleischermeister in Koschmin

Syphilis, Geschl.- u. Hautkrankh Schwächezust. (Pollut.) heilt mit sicherem Erfolge auch brieflich Dr. Holzmann, Kl. Gerberstr 6 pt.

Nachdem in jüngster Zeit Portland-Cemente von geringer Haltbarkeit (häufig von nur 10—15 Ko. Zugfestigkeit pro □Cmtr. nach 7tägiger Erhärtung) zu besonders niedrigen Preisen an den Markt gebracht worden sind, machen wir bezüglich unseres Fabrikates die Herren Baumeister und Cementhändler darauf aufmerksam, daß wir für unseren Portland-Cement, nach der **Dr. Michaelis-Frühling**'schen Methode probirt, nach 7tägiger Erhärtung **eine absolute Zugfestigkeit von mindestens 25 Ko. pro Quadrat-Centimeter ausdrücklich garantiren.**

Wir empfehlen denselben in stets vorzüglicher, gleichmäßiger Qualität, **auf das Feinste gemahlen,** und deshalb außerordentlich geeignet **bedeutenden Sandzusatz** zu vertragen, zur Ausführung von Wasserleitungen, Canalisationen, monumentalen Hoch- und Wasserbauten aller Art, wie auch wegen seines langsamen Abbindens und intensiven Erhärtens, besonders zur Cementgußfabrikation.

Jeder Auftrag wird möglichst am Tage des Eingangs und zu zeitgemäß billigen Preisen ausgeführt. Proben auf Wunsch sofort gratis und franco.

Schlesische Actien-Gesellschaft für Portland-Cement-Fabrikation zu Groschowitz bei Oppeln.

Wichtig für Bau-Unternehmer.

Eine Thonziegelei bei Posen, mit schönstem Thonlager und reichlich geschachtetem Thon, ausgerüstet zum sofortigen Maschinen- und Handbetrieb, ist unter sehr günstigen Konditionen mit nur 3000 Thlr. Anzahlung sofort zu verkaufen Näheres unter **C. M.** postlagernd Posen.

Krankheitshalber beabsichtige ich mein Grundstück in Kazmierz, bestehend aus 200 Morgen Acker u. Wiesen, guten Gebäuden und vollständigem Inventar zu verkaufen. **Golisch.**

Restauration mit franz Billard, ist sofort zu verkaufen. Adressen in der Exped. d. Bl.

Geschlechtskrankheiten,

Hautkr., Syphilis, selbst die hoffnungslosesten und verzweifeltsten Fälle, heile ich brieflich nach der neuesten Heilmethode ohne jede Berufstörung. Desgl. Onanie und deren Folgen: Schwächezustände, Pollutionen und alle Unterleibsleiden.

Dr. Harmuth,
Berlin. Prinzenstrasse 62.

Als geübte Friseurin empfiehlt sich Julie Wiligalla, Klosterstr. 5, 3 Tr.

3 hochstämmige Oleander sind Sandstraße 1, zu verkaufen.

Der 1. Nachtrag zum Posener Adreßbuch pro 1876

erscheint Anfang Juni. An alle diejenigen Geschäftstreibenden und selbstständigen Einwohner unserer Stadt, welche aus irgend welchem Grunde im Adreßbuch entweder gar keine, oder eine unrichtige Aufnahme gefunden, sowie **inzwischen verzogen** sind, richten wir die ergebene Bitte:

die betreffenden Berichtigungen uns schriftlich bis Mitte Mai c. gef. zugehen zu lassen.

Der Nachtrag, welcher den Abonnenten kostenfrei zugestellt wird, enthält auch das Einwohner-Verzeichniß der Ortschaften Jerzyce, St. Lazarus, Ober- und Unterwilda und, um einigen uns ausgesprochenen Wünschen entgegen zu kommen, auch

Geschäfts-Anzeigen,

um deren baldgef. Zustellung ergebenst gebeten wird.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

Von **Bordeaux** nach **Stettin**

S.-D. **Dagmar gegen 15. Mai.**

Näheres bei:

Proschwitzky & Hofrichter in **Stettin,**
F. W. Hyllested in **Bordeaux.**

Freiwilligen-Examen.

Neue Curse haben begonnen. Speciellste Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen
Posen, Pauli-Kirchstr. 5, 2 Tr.
Dr. Theile.

Schneiderarbeit sowie Putzarbeit werden sauber und billig angefertigt. Auch können junge Damen dasselbe gründlich erlernen. Gr. Gerberstr. 53, Hof 1 Tr.

M. Wardęska.

Mein Magazin für Haus- u Küchengeräthe

habe von Markt 55 nach

Neue Straße 4.

verlegt.

Moritz Brandt.

Zu verkaufen

ein dunkelbrauner **Wallach**, ein- u. zweispännig gefahren, militärfromm geritten. Näheres Mühlenstr. 10 2 Tr

Dom. **Polanowitz** bei Kruschwitz hat 300 Stück volljähr. fette **Hammel** zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt die Gutsverwaltung.

Kauf-Gesuch.

3—400 engl. zweijährige Hammel

werden unter Preisangabe u. Gewicht zu kaufen gesucht
Offerten sub F. V. 1511 befördert **Rudolf Mosse** in **Halle a. S.**

Eine frische Sendung geräucherte

Goldfische

bei **J. Neukirch,**
Wronkerstraße Nr. 18.

Avis

Chignons, Locken,

Haarzöpfe,

Haar-Einlagen, Haarscheitel empfiehlt billigst

die Haarhandlung
von **Louis Sorauer,** Posen
Alter Markt 71.

Eine gebrauchte in noch ganz gutem Zustande befindliche Sachsenberg'sche

Ziegelmaschine

für Dampfbetrieb, zur Fabrikation von Mauersteinen, Dach Hohlziegeln Drainröhren 2c, ist billig zu verkaufen.

B. Kupke & Sohn
in Rawitsch.

Eine **Milchpacht** wird gesucht vom 1. Juli oder 1. August. Offerten werden gebeten unter **A. B.** postlag. Wronke abzugeben

60 Liter Milch

sind täglich zu vergeben St. Martin 50 im Geschäft

Ein cautionsfähiger **Schweizer** sucht eine Pacht Gefällige Adressen an **J. Stach**, Käsefabrikant, Gr Frankfurterstr. 88a, Berlin.

Für **Posen** und benachbarte Städte suche ich einen

thätigen Agenten

zur Vertretung in meinen Schnupftabak-Fabrikaten.
Meldungen unter Aufgabe von Referenzen sehe ich entgegen.

Joseph Doms
in Ratibor.

Stettin-Copenhagen.

A. I. Postdampfer **„Titania"**
Capt. G. Ziemke,
von **Stettin** jeden **Sonnabend** 1 Uhr Nachm.,
von **Copenhagen** jeden **Mittwoch** 3 Uhr Nachm.
Dauer der Ueberfahrt 14 bis 15 Stunden.

Rud. Christ. Gribel
in Stettin.

Röhren für Bohrzwecke

aus Schmiedeeisen, übereinandergeschweisst mit innerem und äusserem Gewinde zum Ineinanderschrauben, innen und aussen glatte Flächen bildend, hält stets vorräthig in allen Dimensionen

die Röhrenfabrik von Albert Hahn,
Düsseldorf a Rh u. Berlin O., Schillingstr. 12—14.

Mineralbrunnen frischer Füllung

treffen von jetzt ab jede Woche regelmäßig ein in **Elsner's Apotheke.**

Das unterzeichnete Comité erlaubt sich zu dem am

18. und 19. Mai 1876

in Neubrandenburg (Mecklenburg) stattfindenden

Zuchtmarkt für edlere Pferde

ergebenst einzuladen.

Der im Jahre 1869 begründete, jetzt mit aus Steinfachwerk erbauten Ställen versehene Markt ist in einem sich von Jahr zu Jahr steigernden Maße mit Pferden beschickt worden, namentlich mit Zuchthengsten, Karessiers und Reitpferden für schweres Gewicht. Auch für dies Jahr sind aus den renommirtesten Gestüten Mecklenburgs und den angrenzenden preußischen Provinzen zahlreiche Anmeldungen bereits ergangen. Den Marktbesuchern wird ein reichhaltiges Material an Pferden für die Zucht sowohl, wie für jeglichen Gebrauch und der Vortheil des Ankaufs aus erster Hand geboten.

In Verbindung mit diesem Zuchtmarkte findet am 19. Mai

eine reichhaltige Verloosung edler Pferde

statt.

Zur Verloosung sind bestimmt:

84 Reit- und Wagenpferde (nach Maßgabe des Absatzes der Loose) und circa 1500 andere Gewinne.

Der Hauptgewinn besteht in

einer eleganten Equipage mit vier hochedlen Pferden im Werthe von 10,000 Reichsmark.

Es werden 50,000 Loose a Stück 3 Reichsmark ausgegeben, und ist deren Generaldebit
dem Herrn **V. Siemerling** in **Neubrandenburg**
übertragen, an welchen Bestellungen unter Beifügung des Betrages franco zu richten sind, und wo auch Uebernehmer einer größeren Anzahl Loose die Bedingungen erfahren können.

Die Hauptgewinne werden durch die gelesensten Zeitungen bekannt gemacht und wird jedem Theilnehmer auf Verlangen eine Ziehungsliste gegen Einsendung von 20 Reichspfennigen an den Herrn V. Siemerling franco übersandt. Die Gewinner von Equipagen und Pferden werden, soweit thunlichst, mittelst Telegramm sofort benachrichtigt.

Neubrandenburg, Station der Friedrich-Franz-Bahn, ist von Berlin in 4, von Stettin in 3 und von Hamburg in 6 Stunden zu erreichen.

Das Comité.

Geh. Hofrath **Brückner.** Kammerherr **von Buggenhagen-Dambeck.**
von Klinggraeff-Chemnitz. Rath **Loeper.**
Freiherr **von Maltzan-Gruckow. von Michael-Gr. Plasten.**
Oberamtmann **Müller-Mühlenhagen. von Oertzen-Remlin.**
Pogge-Gevezin. Graf **Schwerin-Göhren.**

Dritte durchweg umgearbeitete u. verbesserte Aufl.
Erste Lieferungsausgabe in 12 Lieferungen à 1 M.

Soeben erschien:

Georg Hiltl,

Der Französische Krieg

von

1870 und 1871.

Nach den besten Quellen, persönlichen Mittheilungen und eignen Erlebnissen.

Illustrirt
von Woldemar Friedrich u. A.

Mit über 250 Illustrationen, zahlreichen Karten und Plänen.

3. Aufl. Vollständig im Laufe dieses Jahres in 12 Lieferungen à 1 Mark.

Hiltl's französischer Krieg ein Musterwerk populärer Kriegs- und Geschichtsschreibung, liegt hiermit in dritter, durchweg auf die Höhe heutiger abgeklärter Kenntniß gebrachter Auflage vor. In seinem Holzschnittschmuck und seiner künstlerischer Ausstattung ist das Buch eines der schönsten illustrirten Werke, welches unsere Literatur besitzt.

Verlag von **Velhagen & Klasing** in Bielefeld und Leipzig.

See- und Soolbad Colberg,

das besuchteste unter den Ostseebädern, mit 4152 Gästen im Jahre 1875, **Eisenbahnstation,** eröffnet seine **Soolbadeanstalten** auch **Douche-, Dampf-, Moor-** und **Lohbäder**, **Ende Mai**, die **kalten** und **warmen Seebäder** am **15. Juni**.

Colberg hat neben seinen sonstigen großen Anmehmlichkeiten, seinen die Badewohnungen größtentheils einschließenden **reizenden Parkanlagen, unmittelbar am Meere,** einem **vorzüglichen Theater** (Gastspiele erster Bühnengrößen) und **guter Kapelle**, höchst zweckmäßigen **Badeeinrichtungen** und größtem Comfort, den unschätzbaren Vorzug vor allen andern Seebädern und Soolbädern, daß es **Beide, Soolquellen** und **Seebad**, neben einander besitzt und hierdurch den Besuch zweier verschiedener Badeorte entbehrlich macht.

Die **Soolquellen** haben nach Professor **Wöhler 5 pCt. Salzgehalt**, sie gehören also zu den kräftigsten ihrer Art; das **Seebad** zeichnet sich durch steten starken Wellenschlag aus; der schöne Meeresstrand ist berühmt.

Die erste Saison währt bis Ende Juli, die zweite bis Ende September.

Auskunft erfolgt durch die Direktion. (H. 01461)

Die Bade-Direktion.

Franz Christoph's

Fußboden-Glanz-Lack.

Diese vorzügliche Composition ist **geruchlos, trocknet** sofort nach dem Anstrich **hart** und **fest** mit schönem gegen Nässe haltbaren Glanz, ist unbedingt eleganter und dauerhafter wie jeder andere Anstrich. — Die beliebtesten Sorten sind der **gelbbraune** Glanzlack (deckend wie Oelfarbe) und der **reine** Glanzlack.

Franz Christoph in Berlin,
Erfinder und alleiniger Fabrikant des echten Fußboden-Glanz-Lack.

Niederlage für Posen bei Herrn

Adolph Asch.

Das jod- und bromhaltige

Soolbad Goczalkowitz,

Anhaltspunkt der Rechte Oder-Ufer Eisenbahn, wird den **20. Mai** eröffnet.

Alle Arten Brunnen und Molken werden vorräthig gehalten. Dampfbäder, Wannenbäder, Douchen werden verabreicht Badearzt Sanitätsrath **Dr. Babel**. Bestellungen auf Wohnungen und sonstige Anfragen bittet man zu richten an

Die Bade-Verwaltung.

Königsberger Pferde-Lotterie.

Ziehung am 31. Mai 1876.
5 Hauptgewinne, bestehend in fünf completten Equipagen; 30 Luxus- und Gebr.-Pferde, 30 zwei- und einspännige eleg. Geschirre, Sattelzeuge, Reitsättel 2c.

Loose à 3 Mark sind in der Expedition der Posener Zeitung zu haben.

Ein möbl. Zimmer vornheraus billig zu verm. Kl. Ritterstr. 10, bei Frau **Schweitzer.**

5 Zimmer, Küche und Zubehör in I. Etage sind Bergstr. 8, v. 1. Oktober cr. ab, auch ist eine Kellerwohnung sofort zu vermiethen

St. Adalb. 41/42 3 Tr. v. 1 m z. vom 1. Mai ab zu vermiethen.

Vorschriftsmäßige **Dienstsiegel** u. **Stempel** für kathol. Pfarrgemeinden, wie auch alle anderen Siegel u. Stempel empfiehlt billigst

H. Klug.
Posen, Breslauerstr. 38.

2 Remisen,

geräumig und trocken, sind sogleich Mühlenstraße 26 zu vermiethen.

Den Herren Bewerbern (47 an der Zahl) um die Inspektor-Stelle auf dem Dom. Lutogniewo auf diesem Wege zur gefälligen Kenntniß, daß dieselbe bereits anderweitig besetzt ist.

Dominium **Gutfelde** bei Gonzawa sucht v. 1. Juli **einen Wirthschaftsbeamten.** Gehalt 420 Rm., polnische Sprache erforderlich.

Einen

Wirthschafts-Inspektor,

unverheirathet, deutsch und polnisch sprechend, mit guten Empfehlungen sucht

Mittelstädt-Labischin.

Auf dem Dominium **Raduchow** bei Grabow, Regierungsbezirk Posen ist die

Forstaufseher-Stelle

sofort oder zu Johani d. J. zu besetzen. Bewerber (unverheirathet), welche mit Forstkultur-Arbeiten und Jagdpflege vertraut und der polnischen Sprache mächtig sind, wollen sich unter Einreichung beglaubigter Zeugnisse melden.

Das Dominium.

Ein kräftiger junger Bursche, Sohn rechtlicher Eltern, womögl von Ausw., welcher Luft hat die Wurstmacherei zu erlernen, kann sich melden und sofort eintreten bei **Otto Menzel,** Friedrichsstr. 13.

Für einen 7jährigen Knaben wird eine zuverlässige Kindergärtnerin, die auch die Hausfrau unterstützen will, gesucht Näheres G M. 96, Exped. d Z.

Ein Kellner wird zum 1. Mai verlangt bei **F. W. Richter.**

Ein junger Mann,

der mit der Eisenbranche vollkommen vertraut, der Buchführung u Corresp. mächtig, polnisch spricht, findet per 1. Juli c. oder später Stellung bei

T. Krzyżanowski,
Schuhmacherstraße 17.
Persönliche Vorstellung erwünscht.

Ein unverheiratheter **Kutscher** findet sofort Stellung bei

Manasse Werner.

Eine zuverl. **Aufwärterin** wird gesucht, Schifferstr. 17, 2 Tr. links.

Knaben zum Korken-Sortiren werden gesucht in der Korkfabrik, Schloßstr. 2.

Eine praktisch erfahrene Wirthschafterin, der feinen Küche kundig, ev., kann sofort placirt werden. Das Nähere bei Frau **Caarth,** Wilhelmsstr. 17.

2 tüchtige Malergehilfen finden gegen hohes Lohn dauernde Beschäftigung bei

C. Baermann
in Buk.

Ein j. **Techniker.** (spricht polnisch), prakt. Maurer, in allen Bur.-Arb. erfahren, der auch ein Zimmer- oder Maurergesch. selbstst leiten kann, sucht sofort oder per 1. Mai cr. Stellung Auf Verl. pers. Vorstell. Off. G. G. 4,50 Liegnitz.

Ein gelernter **Jäger,** mit besten Zeugnissen, verheirathet, 28 Jahre alt, sucht sogleich oder vom 1. Juli Stel. Gefl. Off. sub O. H. 244 an die Redaktion der Arnswalder Zeitung in Arnswalde erbeten.

Eine in der feinen Küche, sowie in allen Zweigen der Wirthschaft, erfahrene Wirthin, sucht sogleich oder vom 1. Juli Stellung, ganz gleich ob auf dem Lande oder in der Stadt. Gefl. Offerten bitte unter Adresse A. M. 100 postl. Posen einzusenden.

Eine Wirthin,

unverheirathet, mit den besten Empfehlungen, sucht auf dem Lande oder auch in der Stadt eine ihr angemessene Stellung. Näheres bei

Güttler & Dalkowski,
Central-Bureau, Bismarckstr. 1.

Eine gute perf. Köchin mit guten Attesten, Stubenmädchen, Kindermädchen, Kinderfrauen, Haushälter, alle mit guten Attesten versehen, weist nach das Mieths Comtoir von Meyer Schwarzwald, Wronkerstr. 22, 2 Tr.

Ein verh. Diener, dessen Frau perf. Köchin, sehr gute Zeugnisse besitzt und mehrere Wirthschafterinnen, gute Köchinnen und Stubenmädchen. Das Placirungs-Bureau, Wasserstr. 22.

Reelles
Heiraths-Gesuch.

Ein Wittwer, Mitte Dreißiger, ev., Vater v. 2 Kindern von 11 u. 6 J Besitzer einer bedeutenden Brauerei nebst feiner Restauration in einer lebhaften Fabrik- u. Garnisonstadt Ob. Schles., sucht wegen Mangel an Damenbekanntschaft auf d. nicht ungew. Wege sich mit einer anst. Dame im Alter v. 25—32 Jahren mit einem dispon. Verm. v. 6—10,000 Thlr. zu verheirathen. Damen, die ernstlich gewillt sind, darauf zu reflektiren, wollen ihre w. Adr. nebst. Photogr. unter Z. 28 postlag. Posen, bis 11. Mai abgeben. Anonyme Offerten unberücksichtigt.

Ein deutscher, der poln. Spr. mächt. Wirthschafts-Inspektor, solide, gediegener Landwirth, aktiv, wünscht Stellung wo er sich verheirathen könnte Antritt nach Wunsch; persönliche Vorstellung zu jeder Zeit. Gef. Offerten werden unter D. H. postlagernd Kurnik erbeten.

Sbd. 29. IV. 8 A. III. Vorberathung zur Beamtenwahl
Mittw. 3. V. 7 A. Beamtenwahl

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter **Antonie** mit dem Dr. med. Hrn. **W. Grodzki** zeigen wir Freunden und Bekannten hiermit ergebenst an.

Posen, d. 27. April 1876.

J. Frese und Frau.

Laura Friedländer,
Wilhelm Meseritz.
Verlobte.
Berlin. Wollstein.

Durch die Geburt eines gesunden und kräftigen Mädchens wurden erfreut
Kotlin, den 27. April 1876.
R. Hirschfeld, Stationsvorsteher, und Frau.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Luise v. Borries mit dem Lieutenant Carl Freiherr von der Reck in Eckendorf. Fräul. Magda Thoene in Caymen mit dem Lehrer Dr. E. Mischpeter in Königsberg. Frl. Bertha Scheibe mit dem Hauptmann Frhr. v Bothmer in Gera. Frl. Amalie Rosendorff mit Herrn Bernhard Wilde in Berlin. Frl. Agnes Lierau mit Hrn. Arnold von Bibow in Berlin. Frl. Cäcilie Heinsius mit Herrn Jacques Kadisch in Berlin.

B. Heilbronns Restaur.

Abschieds Gesang Soiree der Damen-Couplet-Sänger-Gesellschaft **Christoph** aus Berlin.

Lamberts Salon,

Bäckerstraße.

Heute Freitag, den 28. April 1876:

Großes Abschieds-Concert

von der

großen Böhm.-Ungar.-Oesterreichischen Musik-Kapelle,

bestehend aus 40 Personen, unter Leitung des Musik-Direktors **H. W. Staural.**

Anfang 8 Uhr Abends.

Billets sind im voraus zu haben à Person 50 Pf. im Cigarren-Geschäft des Hrn. **Schleh** und Abends an der Kasse à 75 Pf.

Programms sind an der Kasse zu haben.

Lambert's Concertsaal.

Montag, den 1. Mai 1876,
Abends 7½ Uhr:

Concert des Hennigschen Gesangvereins „Christus" von **Fr. Kiel.** op. 60, für Soli, Chor und Orchester.

Soli:
Fräulein **Jenny Hahn,** Breslau.
Herr Baron von **Senfft-Pilsach** Berlin.
Herr Dom- und Concertsänger **Adolf Geyer,** Berlin.

Billets à 2 Rm. Stehplätze: Rm. 1,25 bei **Bote & Bock,** Wilhelmsstraße.

Der Vorstand.

Marco's Garten,

Schwersenz.

Sonnabend, d. 29. April:

Großes Militär-Konzert,

ausgeführt vom **Trompeter-Corps** des Pos. Feld-Artill.-Regts. Nr 20.

Anfang Nachmittags 4 Uhr.

Entrée à Person 25 Pf.

W. Roschkdt.

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.